

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Mittwoch, 21. November 1934

Nr. 273

War ein Attentat auf Dr. Beneš geplant?

Der in Paris verhaftete Terrorist KIB der Absicht verdächtigt

Paris. (Tsch. B. B.) Die Polizei verhaftete am Samstag in Nizza den im Jahre 1893 in Wata in Ungarn geborenen ungarischen Terroristen Ladislav Kib, welcher von allen europäischen Polizeibehörden als gefährlicher Terrorist bezeichnet wird. Kib wurde Montag abends nach Paris gebracht, wo er einem Verhör der tschechischen Sicherheitspolizei unterzogen werden wird.

Dazu melden einige Pariser Blätter, daß Kib verdächtigt wird, ein Attentat gegen den tschechosslowakischen Außenminister Dr. Beneš geplant zu haben.

Kib wurde am Dienstag abends von der Polizei an die Grenze abgeschoben. Durch die angeordnete Untersuchung wurde festgestellt, daß Kib kein Terrorist ist, und daß er mit dem kroatischen Terroristen nicht in Verbindung stand.

Der Völkerbund und die Marseiller Morde

In Völkerbundkreisen besteht eine gewisse Meinung, die heikle Frage des Marseiller Attentats, d. h. vor allem der Mitschuld Ungarns und eventuell Oesterreichs erst im Jänner 1935 auf die Tagesordnung zu setzen. Es ist die beliebte Wiener Taktik, Schwierigkeiten anzudeuten, die in diesem Falle natürlich nicht Ungarn gegenüber, wohl aber angeht die Großmacht, die Ungarn schützt und an den Vorgängen in Marseille mindestens infolge beteiligt ist, als zwei der Urheber in den Händen seiner Polizei sind.

Die französische Presse lehnt im allgemeinen die Verschiebung der Debatte ab und erklärt, daß es für Jugoslawien untragbar sei, wenn nicht wenigstens die Großmächte eine Klage für Jugoslawien beschließen würden. In diesem Fall könnte es freilich geschehen, daß Italien Ungarn für Leistungen rügt, die Mussolini nicht gehindert haben, eben noch aufs freundlichste mit Gombócs umzugehen.

Paris. Mit Spannung wurde die Stellungnahme der französischen Regierung und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten erwartet. Die Rede Lavals bei der Pietätssitzung der Völkerbundversammlung und insbesondere sein orientatives gemeinsames Mittagessen mit den Außenministern der Kleinen Entente wird in Paris als offene Aeußerung des einzig richtigen Standpunktes ohne Rücksicht auf italienische Empfindlichkeiten Jugoslawien recht zu geben, angesehen und gewertet.

Völkerbundrat erst Montag

Genf. Der Völkerbundrat wird erst am Montag zusammentreten, da der Vorsitzende des Ausschusses für die Vorbereitung des Saarabstiegs, Baron Aloisi, erst Montag in Genf eintreffen wird.

Autoabenteuer des rumänischen Königs

Paris. „Le Journal“ meldet über London, daß in einer der Hauptstraßen Bukarests, der Calea Bitoricu, das Automobil des rumänischen Königs Carol I mit einem anderen Wagen zusammenstieß, der vorwärtsdrückte.

Das Automobil, das den Zusammenstoß verschuldete, fuhr mit einer solchen Schnelligkeit, daß die Zeugen des Zusammenstoßes den Eindruck hatten, es handle sich um ein Attentat auf das königliche Automobil. Die Polizei konnte den Chauffeur nur schwer vor der aufgeregten Menschenmenge schützen und verhaftete ihn. Die Heiligenschein des Chauffeurs des königlichen Automobils rettete bei diesem Unfall das Leben des Königs.

Dreiviertel Jahre sozialistischer Arbeit

Genosse Dr. Czech über die geleistete Arbeit und die Pläne seines neuen Ressorts

Prag. Der Dienstag brachte im Parlament zwei bedeutungsvolle Exposés der im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit exponiertesten, aber hierzu auch durch persönliche Qualitäten und reifermäßig berufensten Mitglieder der Regierung, der Genossen Dr. Czech und Dr. Reisinger. Beide Minister stellten natürlich die Arbeitsbeschaffung für das große Heer der Arbeitslosen in den Vordergrund ihrer Ausführungen.

Genosse Dr. Czech gab in seinem anderthalbstündigem Referat zugleich einen ausführlichen Bericht über die seit seinem Amtsantritt im Arbeitsministerium, das bis dahin in der Krise unter bürgerlicher Leitung stand, geleistete Arbeit. In jedem einzelnen Zweig des ausgedehnten Ressorts ist das Bestreben fast ausschließlich auf die Arbeitsbeschaffung gerichtet, wobei allerdings auch auf den Schutz der dabei beschäftigten Arbeiter vor der Unternehmerwillkür streng geachtet wird.

Sunderete von Millionen wurden im heurigen Jahre bereits für neue Arbeiten ausgegeben, für 1935 sind neue Investitionen im Gesamtbetrag von 670 Millionen Kč vorbereitet.

Siel zu wenig von der Öffentlichkeit beachtet ist jedoch die Tatsache, daß Genosse Dr. Czech wenigstens bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge, wie überhaupt bei allen Investitionsarbeiten, die von seinem Ministerium finanziert werden, die 40-Stundenwoche bereits via facti eingeführt hat! Wer auf öffentliche Lieferungen reflektiert, muß dabei die 40-Stundenwoche einhalten, muß die Arbeiter durch die öffentlichen Arbeitsvermittlungsbüros anfordern, die natürlich die Arbeitslosen nach dem Grad ihrer Bedürftigkeit einreihen, und muß vor allem auch die Kollektivverträge, bzw. die ortsüblichen Löhne einhalten.

Die Hauptforderungen der Arbeiterschaft in der Krise sind dank der Tatkraft des Genossen Dr. Czech in der öffentlichen Arbeitsbeschaffung bereits in die Tat umgesetzt. Sie für alle Sektoren unserer Wirtschaft durchzulampfen, muß für die nächste Zeit die wichtigste Aufgabe aller Sozialisten sein!

Genosse Dr. Czech führte u. a. aus:

Nichts ist selbstverständlicher, als daß die schwere Wirtschaftskrise den wichtigsten Aufgabekreis des Arbeitsministeriums, das Gebiet der öffentlichen Arbeiten, in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt hat. Alle bisherigen Bemühungen, der industriellen Produktion einen härteren Antrieb zu geben und dadurch den Krisennotstand wenigstens einigermaßen zu lindern, haben vorläufig keine nennenswerten Erfolge gezeigt, und so wendet sich denn naturgemäß das ganze Interesse der öffentlichen Arbeiten zu, die in diesem Augenblick die große Hoffnung der arbeitenden Schichten und insbesondere der nach Hungerlöhnen kämpfenden arbeitslosen Menschen sind.

Leider sind aber nach dieser Richtung der Wirksamkeit des Arbeitsministeriums sehr enge Grenzen gezogen. Seit vielen Monaten wird der Kampf um planmäßige und weitläufige Investitionen geführt, doch war diesem Ringen bisher jeder Erfolg verfehlt. Niemand bedauert dies mehr als das Arbeitsministerium, das in diesem Ringen auf Seite der Wortführer eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsplanes getreten ist, im Bewußtsein, daß man ohne planmäßige Lösung des Investitionsproblems um die bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und um die Lösung der schicksalsschweren Arbeitslosenfrage besonders in jenem Sektor, der die Opfer der planmäßigen Rationalisierung umfaßt, unmöglich herumkommen kann.

Arbeitsbeschaffung

Das Arbeitsministerium kann angesichts dieser Situation in diesem Augenblick nichts anderes tun, als für den Zeitpunkt, in welchem die Frage eines großen Investitionsplanes spruchreif sein wird, seine volle Bereitschaft sicherzustellen.

Auch in diesen bescheidenen Grenzen bleibt die Arbeitsbeschaffung die zentrale und angesichts des schweren Krisennotstandes die primäre Sorge des Arbeitsministeriums. Dabei liegt es ihm selbstverständlich ganz fern, seine so mannigfaltigen, für den Staat und seine Wirtschaft so bedeutsamen technischen Aufgaben in den Hintergrund zu stellen, zumal sie zum großen Teile — und zwar jede in ihrer Art — gleichfalls den Zwecken der Arbeitsbeschaffung dienen. Auch in normalen Zeiten wird ja der weitaus größte Teil der dem Arbeitsministerium zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt.

Sinken der Budgetkredite

Gerade deshalb ist es in der Zeit des wachsenden Arbeitshungers zu beklagen, daß das Budget des Arbeitsministeriums von 1931 bis 1934 eine stetig sinkende Tendenz, wie in keinem anderen Zweige der öffentlichen Verwaltung, aufweist. Innerhalb dieses Zeitraumes war eine erhebliche Senkung des Aufwandes des Arbeitsministeriums

von 800 auf 439,5 Millionen, d. i. um 45 Prozent, zu verzeichnen. Für das Jahr 1935 ist es dem Arbeitsministerium endlich gelungen, die sinkende Tendenz seines Budgets aufzuhalten, und eine, wenn auch nur minimale Erhöhung des Budgets zu erwirken.

Dem Arbeitsministerium stand im Jahre 1934 zur Erfüllung seiner Aufgaben ein, wenn auch nur kleiner Rest der Arbeitsanleihe zur Verfügung. Für das Jahr 1935 fällt aber diese Beihilfe — bis auf einen kleineren, noch nicht vollkommen verwendeten Rest — aus. Das Arbeitsministerium wird daher im kommenden Jahre vor ganz außerordentlichen Schwierigkeiten stehen, die um so größer sein werden, als die erhoffte wirtschaftliche Besserung vorläufig noch immer auf sich warten läßt.

Die Notwendigkeit der Investitionstätigkeit

Für die Notwendigkeit großzügiger, planmäßiger Investitionsarbeiten sprechen — von der Maschinenarbeitslosigkeit abgesehen — auch dringliche staatliche und wirtschaftliche Notwendigkeiten.

40-Stundenwoche bei Staatslieferungen

Da dem Arbeitsministerium größere Mittel nicht zur Verfügung standen, mußte es alles daran setzen, um aus den ihm gegebenen Möglichkeiten die größtmöglichen Ergebnisse herauszuholen, das Arbeitsquantum, das seinen beschränkten finanziellen Mitteln entsprach, auf einen möglichst großen Kreis von Arbeitsbewerbern auszuverteilen und dabei insbesondere dafür vorzusorgen, daß vor allem die sozial Bedürftigsten wieder zu einem Verdienste gelangen.

In Anknüpfung an den vorjährigen Regierungsbefehl hat das Arbeitsministerium verfügt, daß bei den vom State vergebenen oder von ihm subventionierten Arbeiten lediglich 40 Stunden wöchentlich gearbeitet und dadurch die Heranziehung eines größeren Kreises von Arbeitern zur Arbeit gesichert wird.

Diesem Zwecke diente auch der Regierungsbefehl, daß maschinelle Einrichtungen bei den vom State vergebenen oder subventionierten Arbeiten nur ganz ausnahmsweise verwendet werden dürfen. Gleichzeitig wurde dafür Vor Sorge getroffen, daß die Aufnahme von Arbeitern nur durch die öffentlichen Arbeitsvermittlungsbüros zu erfolgen habe, damit vor allem die örtlichen Arbeitslosen und hier wieder vorerst die Familienhalter zum Zuge kommen. Selbstredend wurde verlangt, daß die Arbeiterschaft und Sozialversicherungsgesetze sowie die Kollektivverträge genau eingehalten werden und daß, wo solche nicht bestehen, die Zahlung des ortsüblichen Lohnes gesichert ist.

Auf Grund einer vom Arbeitsministerium durchgeführten Zählung befinden sich unter den 15.682 Gemeinden unseres Staates 7000, also rund 45 Prozent mit 3,6 Millionen Einwohnern, die bisher noch immer nicht der Wohltat der Elektrifizierung teilhaftig sind. Augenblicklich erliegen 990 neue Elektrifizierungsaufträgen im Arbeitsministerium. Die bloße Bewilligung eines Investitionsaufwandes von 100 Millionen Kč könnte 2000 weiteren Gemeinden die Durchführung der Elektrifizierung ermöglichen, 1,2 Millionen weiteren Einwohnern Licht und elektrische Kraft gewähren, und Beschäftigung und Verdienstmöglichkeiten im Ausmaße von 600 Millionen geben.

Auf unseren Flüssen werden jährlich 25 bis 30 Millionen Meterzentner unserer Ware befördert. Aber unser Schiffbauwerk vermag nur ein Drittel dieser Frachten zu bestreiten, während zwei Drittel von fremden Schiffahrtsgesellschaften verfrachtet werden, denen für die Beförderung tschechosslowakischer Waren jährlich 130 bis 150 Millionen ausfallen. Durch einen verhältnismäßig geringen Investitionsaufwand, der die Erbauung neuer Schiffe oder zumindest den Umbau und die Motorisierung der alten ermöglichen würde, könnten jährlich in der Seebauung unserer Schiffahrtsgesellschaften Ersparnisse von vielen Millionen erzielt, ihre Seebauung aktiv gestaltet und überdies eine Vermehrung des Schiffahrtspersonals um tausende Personen vorgenommen werden.

Wehlich liegen die Dinge im Kommunikationswesen. Von den Staatsstraßen allein — von den übrigen gar nicht zu reden — haben nur 57 Prozent eine gute Fahrbahn, während die anderen der raschesten und gründlichsten Ausbesserung bedürfen.

Und ebenso liegen die Verhältnisse auch auf allen anderen, die das Arbeitsministerium zu betreten hat und bei denen es mit den geringen budgetären Zuweisungen nur zur Rot durchzukommen, nicht aber den ihm zufallenden Aufgaben in vollem Maße gerecht zu werden vermag.

Indem ich an den wenigen vorangeführten Fällen die großen wirtschaftlichen Auswirkungen aufgezeigt habe, die eine planvolle und großzügige Investitionstätigkeit für den Staat im Gefolge haben würde, habe ich auch implizite zum Ausdruck gebracht, was sie für viele Seebauarbeiten von Arbeitslosen bedeuten könnte, denen dadurch die Durchführung in den Arbeitsprozess und damit die Vinderung des vielfach jahrelangen kümmerlichen Daseins ermöglicht würde.

Diese vom Ministerium getroffenen und seit mehr als acht Monaten in Kraft stehenden Maßnahmen haben, wie aus den einlaufenden Kontrollberichten der Gewerbeinspektorate und der staatlichen Bauaufsichtsdienste hervorgeht, ihre Wirkung nicht verfehlt. Es läßt sich sagen, daß bis auf gewisse Ausnahmefälle, die selbstverständlich der strengsten Abklärung zugeführt werden, sich die neuen Verordnungsbedingungen immer mehr einleben.

Neue Arbeiten um 670 Millionen Kronen

Wenn man bedenkt, daß das Arbeitsministerium in der Zeit vom 1. Jänner bis Anfang November 1934, also innerhalb von zehn Monaten, insgesamt neue Arbeiten mit einem Gesamtaufwande von 384 Millionen Kč vergeben hat, wird man sofort verstehen, daß die Neuordnung der Arbeitsvergabe vielen Zehntausenden arbeitsloser Menschen den lang ersehnten Weg zum Nährstande wieder erschlossen, aber auch gleichzeitig dem State ein Stück seiner Lasten abgibt. Diese Regelung der Verordnungsbedingungen war um so unerläßlicher, als unsere Industrie — im Gegensatz zu den anderen Industriezweigen — an den schwereren Löhnen der Arbeitslosen fürsorge überhaupt nicht partizipiert, so daß die ganze Last vom State und der Arbeiterschaft getragen wird!

Das Arbeitsministerium ist entschlossen, diesen nun einmal betretenen Weg auch im kommenden Jahre zu gehen, in welchem ihm an Investitionen

669,6 Millionen zur Verfügung stehen werden, die zum weitest gehenden Teil den Straßen- und Brückenbau, Straßenverbesserungen, die wasserwirtschaftlichen Vorrichtungen, Hochbauten sowie dringende Investitionen für die Luft- und Dampfschiffahrt und die staatlichen Berg- und Hüttenwerke betreffen.

Novellierung der Lieferungsordnung

Da sich die vom Arbeitsministerium in Durchführung der feinerzeitigen Regierungsbeschlässe getroffenen Maßnahmen als wirksam erwiesen haben und eine einheitliche Regelung der Vorschriften für die Vergabe aller wie immer genannten öffentlichen Arbeiten und Lieferungen notwendig erscheint, hat das Arbeitsministerium eine Novellierung der Vergabebestimmungen vorbereitet, durch welche die im Vorbestehenden festgelegten formalpolitischen Maßnahmen, vor allem aber jene über die Arbeitszeitverfugung, die Einhaltung der Kollektivverträge sowie die Arbeitsvermittlung für alle öffentlichen Arbeiten als verbindlich erklärt werden.

Die technischen Aufgaben des Ressorts

Und nun will ich mich den einzelnen Aufgaben des Arbeitsministeriums zuwenden.

Straßen- und Brückenwesen

Das im Jahre 1931 novellierte Gesetz über den Straßenfonds aus dem Jahre 1927 ermöglichte es, auch in unserem Staate ausgedehnte Aktionen zur Herrichtung und Rekonstruktion der Staatsstraßen und jener Bezirksstraßen einzuleiten, die für den Fernverkehr Bedeutung haben. Dabei mußte natürlich gleichzeitig auch in der Ausgestaltung unseres Straßennetzes durch den Bau neuer Straßen fortgesetzt werden.

Aus den im staatlichen Budget vorgesehenen Mitteln werden einerseits die Kosten der Erhaltung und des Baus von Staatsstraßen und Brücken gedeckt, andererseits werden Beiträge zum Bau nichtstaatlicher Straßen und Brücken bewilligt, wodurch die Erhaltung neuer von den Selbstverwaltungsorganen errichteter Straßen unterstützt wird. Dadurch gelang es, eine große Reihe von bedeutenden Straßenprojekten zu verwirklichen. So wurden bis zum Jahre 1933 mit staatlicher Unterstützung neue Bezirksstraßen in einer Gesamtlänge von 3633 Kilometern und einem Gesamtaufwand von über einer halben Milliarde errichtet; es ist nur zu bedauern, daß es notwendig war, diese Aktion in den letzten Jahren mit Rücksicht auf den stetig sinkenden Budgetkredit bedeutend einzuschränken.

Die Mittel, die der Straßenfonds bietet, sind zur Verbesserung und neuerlichen Herrichtung der Staatsstraßen und zur Beitragsleistung für denselben Zweck bei den Selbstverwaltungskörpern bestimmt. Dadurch wurde die Erreichung von 1930 Kilometer Autobahnen auf Staatsstraßen ermöglicht. In dieser Leistung drückt sich die Herstellung von 57,6 Prozent des gesamten staatlichen Straßennetzes aus. Der Gesamtaufwand für diesen Zweck betrug bisher 1555 Millionen Kč.

Es wird notwendig sein, durch eine geeignete Novellierung des Straßenfondsgesetzes die Einnahmewerkzeuge des Straßenfonds zu vergrößern.

Zur Unterstützung der Arbeiten zur Verbesserung nichtstaatlicher Straßen wurde in den Vorausanschlag des Straßenfonds ein Betrag von 212 Millionen eingeplant. Mangel an finanziellen Mitteln war es allerdings bisher nicht möglich, die dringlichsten Infiltrationsaktionen durchzuführen.

Die Beträge, die bisher durch das Staatsbudget für Brückenbauten zur Verfügung gestellt wurden, lagen nicht zur Durchführung der dringlichsten Umbauten von Brücken auf Staatsstraßen. Darum ist es zu begründen, daß für d. J. 1935 eine neue und mächtige Erhöhung der einschlägigen Budgetpost erzielt werden konnte. Auch der Bau von nichtstaatlichen Brücken muß eine ausgiebige Subventionierung erfahren. Bis jetzt wurde der Bau von 405 nichtstaatlichen Brücken mit einer Gesamtsomme an Staatsbeiträgen von 63 Millionen Kč subventioniert.

Mit der Straßenwirtschaft hängen auch verschiedene legislative Arbeiten zusammen, und zwar das in Vorbereitung befindliche Gesetz über öffentliche Straßen und Wege und die vorbereitete Verordnung über die Straßenordnung und Seapolizei.

Schifffahrt

Es ist ein Gebot der Verkehrspolitik unseres Landes, mit allen Mitteln für die Beschleunigung der Notwendigkeiten unserer Luftschifffahrt zu sorgen, deren Schiffsport einer Ergänzung und Erneuerung dringend bedarf, zumal jetzt in den Nachbarstaaten für die Ausgestaltung des Schiffsverkehrs und Erneuerung des Schiffsports große Summen aufgewendet werden.

Der Donaudampfschiffahrt entziehen z. B. infolge des Mangels an Tankschiffen, die für die Beförderung von rumänischen Mineralölen benötigt werden, in den letzten Jahren etwa 12 Millionen Kč, die zum großen Teil fremden Schiffahrtsgesellschaften zuflossen.

Gegen die tschechoslowakische Donaudampfschiffahrtsgesellschaft wurde in letzter Zeit eine ganze Reihe von Beschwerden erhoben. Diese wurden vom Aktionsausschuß slowakischer Parlamentarier in einer Beschwerdebildung zusammengefaßt und der Regierung überreicht. Die Regierung hat zur Unterstützung eine eigene viergliedrige Untersuchungskommission eingesetzt.

Luftflugwesen

Die Einrichtung der neuen Flugfelder Pilsan—Quastawa—Blen im Betrieb der staatlichen Aerolinen und Prag—Winden—Häxli—Genf—Karlovice im Betrieb der tschechoslowakischen Luftverkehrsgesellschaft ist in Vorbereitung.

Auch dem Ausbau des Sportflugwesens wendet das Ministerium eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu, wenn auch die Bemühungen um die budgetäre Sicherung dieser Aufgabe bis jetzt nicht von Erfolg begleitet waren.

Oswohl Unfälle in unserem Verkehrsflugwesen sehr selten sind, kam es doch im Laufe dieses Jahres

Zentralisierung des staatlichen Investitionsdienstes

Im Zuge der einschlägigen Beratungen wird das Arbeitsministerium auch die sehr brennende Frage einer Reorganisation des gesamten öffentlichen Investitionsdienstes durch Zentralisierung sämtlicher, von der öffentlichen Hand zu vergebender Arbeiten in einer einzigen, mit den nötigen Fachkenntnissen ausgestatteten Zentralbehörde zur Entscheidung stellen.

Gesetz gegen Machenschaften im Lieferungswesen

Auf dasselbe Gebiet fällt auch das vom Arbeitsministerium beantragte Gesetz gegen Machenschaften im Bereiche des öffentlichen Lieferungswesens, welches Gesetz den in letzter Zeit immer deutlicher zutage tretenden und dem Staat auf das schwerste schädigenden Umtrieben gewisser Unternehmerkreise einen Riegel vorsetzt.

Fluginspektion

Die Entwicklung des Flugwesens machte die Errichtung einer weiteren Zahl von Flugplätzen notwendig. Als zentraler Flugplatz ist der im Bau begriffene, in Zukunft in Aussicht genommene Flugplatz vorgesehen. Die notwendigen Vorarbeiten lassen erwarten, daß es Ende 1936, bzw. Anfang 1937 möglich sein wird, den Zivilflugverkehr aus Kábel nach Rumänien zu übertragen.

Hochbauten

Die zunehmende Verabreichung des staatlichen Investitionsvoranschlag hat zur Folge, daß sich das Arbeitsministerium im Jahre 1934 lediglich auf die Fortführung und Beendigung der bereits besonnenen Bauten staatlicher Gebäude beschränken mußte. Auch das Budget für 1935 gestattet die Inangriffnahme von neuen Bauaktionen nicht. Es werden daher auch im Jahre 1935 nur die bereits begonnenen Bauten fortgesetzt werden.

Flugplätze

Die Bedeutung moderner und zweckentsprechender Anflugbahnen darf nicht unterschätzt, doch muß bei Lösung dieser Frage jeder überflüssige Luxus vermieden werden. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß in den ersten Jahren nach dem Eintritte der Projektierung und Ausgestaltung von Anflugbahnen nicht in allen Fällen sparsam vorgegangen wurde. Aber schon die sinkende budgetäre Bedeutung hat den zuständigen Organen die notwendige größere Wirtschaftlichkeit vor Augen geführt, so daß es jetzt das Betreiben aller beteiligten Faktoren ist, mit den beschränkten finanziellen Mitteln den größten Effekt zu erzielen.

Wasserwirtschaftliche Bauten

Anfolge Mützung der Staatsdotations im Vorausanschlag, aber auch deswegen, weil die Beiträge der Länder nicht voll eingezahlt wurden, befindet sich der wasserwirtschaftlichen Fonds in einer Krise, die sich hauptsächlich in der Richtung bemerkbar macht, daß er ins heutige Jahr mit einer Schuld an die Unternehmer in der Höhe von 63 Millionen Kč eingetreten ist. Bei diesem Stand der Dinge konnte allerdings an Neubauten in größerem Maßstab nicht geschrieben werden; im heutigen Jahre wird bloß an schon früher begonnenen Bauten gearbeitet und die Vergabungen des heutigen Jahres beziehen sich fast ausschließlich auf Arbeiten und Lieferungen, die zur Bedienung schon früher durchgeführter Bauten unbedingt durchgeführt werden müssen. Auch im Jahre 1935 wird es nicht möglich sein, die Vergabung neuer Bauten und Arbeiten vorzunehmen.

Elektrifizierung

Um die Wohlfahrt der Elektrifizierung der ganzen Bevölkerung unter den günstigsten Bedingungen ausnützlich zu machen, wird das Ministerium die Durchführung der systematischen Elektrifizierung nach wie vor unterstützen. Es wird auch das Bestreben des Ministeriums sein, durch die Zusammenarbeit der gemeinnützigen Unternehmungen eine bessere Ausnutzung der bisherigen Einrichtungen zu erzielen, um einem solch erheblichen engeren Zusammenschluß die Wege zu ebnen.

Wasserwirtschaftliche Bauten

An der Verwaltung der gemeinnützigen Unternehmungen nimmt der Staat durch seine Vertreter teil. Das Ministerium hat angeordnet, daß die Funktionen der Vertreter des Staates nicht mehr in der bisherigen Weise kommuniziert, sondern vielmehr auf einen größeren Kreis von Beamten und gleichmächtiger aufgeteilt werden. Das Ministerium hat den Entwurf einer Regierungsverordnung über

einige Vorkehrungen in der Elektrizitätswirtschaft verfaßt; da sich besonders aus den Kreisen der Selbstverwaltungsförderer gewisse Widerstände gegen die Vorlage erhoben haben, hat das Arbeitsministerium den geäußerten Wünschen Rechnung getragen.

Gaswirtschaft

Obwohl die wichtigste Voraussetzung für Gaserschaffung — nämlich ausreichende Lagerstätten geeigneter Kohle — in der Tschechoslowakei gegeben sind, hat sich bei uns die Gaswirtschaft bisher nur im geringsten Maße der staatlichen Fürsorge erfreut. Deshalb hat sich das Ministerium in diesem Jahre entschlossen, den ersten, aber auch entscheidenden Schritt zugunsten einer Aufwärtsentwicklung der Gaswirtschaft zu unternehmen. Die Grundlage hierfür bildete das von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz über die Gaswirtschaft, das es ermöglicht, den Gaswerken gewisse Begünstigungen auszusprechen, die in der Richtung des Rechtes auf Verhütung fremder Eigenschaften, des Enteignungsanspruches sowie der Beschaffung von finanziellen Mitteln zum Bau von Gaswerken und deren Einrichtung liegen. In diesem Verlaufe kann den Gaswerken die Herausgabe von Zeißschuldverschreibungen mit Pupillar-Sicherheit bewilligt werden.

Die Krise im Bergbau

Die Weltwirtschaftskrise hat auch vor unserem Bergbauwesen nicht halt gemacht. Der Stand der im Bergbau beschäftigten Arbeiter, der im Jahre 1925 114.079 betrug und im Jahre 1931 sogar auf 127.330 angezogen war, sank im Jahre 1933 auf 85.802. In den Kohlengruben betrug die Zahl der Arbeiter im Jahre 1925 101.383, im Jahre 1933 bloß 76.201 und im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1934 lediglich 71.584.

Die Gesamtsomme der Bergarbeitereinnahmen im Jahre 1929 betrug 1133 Millionen Kč, im Jahre 1929 1377 Millionen, im Jahre 1933 aber bloß 794 Millionen, sehn um 40 Prozent weniger. Die Gesamtförderung der Kohle betrug im Jahre 1926 33.294.000 Tonnen, im Jahre 1933 25.765.000 Tonnen und in den ersten neun Monaten des Jahres 1934 18.572.000 Tonnen.

Von der Krise wurde auch unser Kohlenexport aufs Schwerste betroffen. Im Jahre 1926 wurden alles in allem 6.422.000 Tonnen Kohle ausgeführt, im Jahre 1933 3.384.000 Tonnen, was einem Rückfuhrrückgang von 50 Prozent gleichkommt. Im Jahre 1934 ging der Rückgang des Exportes weiter, denn in den ersten neun Monaten wurden bloß 2.417.000 Tonnen ausgeführt. Auch der heimische Bedarf ist zurückgegangen. Im Jahre 1926 betrug der inländische Bedarf an Kohle und Briketts 24.782.000 Tonnen, im Jahre 1932 lediglich 20.813.000 Tonnen und in den ersten neun Monaten des Jahres 1934 lediglich 14.712.000 Tonnen.

Diese Ziffern zeigen, in wieweit der Bergbau von der Krise unserer Wirtschaft betroffen wurde.

Bergarbeiterschutz

Die unzureichenden Verhältnisse im Bergbau und insbesondere die Notwendigkeit einer Erhöhung der Sicherheit, an die vor allem die große Katastrophe in der Grube Nelson gemahnt, hat zu einer Reihe von gesetzlichen Maßnahmen geführt.

Die Novellierung des Berggesetzes vom 24. Jänner 1934 enthält nicht nur verschärfte Strafbestimmungen, sondern auch die Entziehung der Bergbauerechtigung und steht schließlich zur Ergänzung der Erfüllung gewisser Verpflichtungen der Bergbauverwaltung des Bergbetriebes vor.

Die Notwendigkeit der Reorganisation der Berginspektion war durch die Häufung der Unfälle begründet. Im Jahre 1933 trugen sich in den der Aufsicht der Bergbehörden unterliegenden Betrieben 82 tödliche und 5120 schwere Unfälle zu. In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1934 wurden 203 tödliche Unfälle verzeichnet, von denen 141 auf die Opfer Katastrophe entfallen. Erst nach der schweren Opferkatastrophe kam es über Regierungsbeschluß zu einer Verdichtung des Inspektionsdienstes. Das genügte aber nicht. Deshalb hat das Arbeitsministerium bei den Ministerpräsidenten selbständige Inspektionsabteilungen errichtet und schließlich die Grubeninspektion durch Errichtung von acht der zentralen Führung des Ministeriums direkt unterliegenden Berginspektionen selbstständig, wobei im Ministerium eine Zentralstelle für den Inspektionsdienst geschaffen wurde.

Gleichzeitig wurde einer seit Jahrzehnten erhobenen und hart umkämpften Forderung der Bergarbeiterschaft nach Eingliederung des Laienelementes in den Grubeninspektionsdienst durch Beteiligung von Arbeiterinspektoren Rechnung getragen. Durch zwei Regierungsverordnungen wurden die Inspektionsbefugnisse der Betriebsratsmitglieder erweitert und ihnen größerer Schutzb vor Entlassung gesichert. Weiter wäre die Errichtung einer besonderen Kommission für Sicherheitsvorkehrungen beim Bergbetrieb zu erwägen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß es unter Mitwirkung des Arbeitsministeriums gelungen ist, den weiteren Bestand der im Jahre 1932 zustandekommenen und inzwischen abgelassenen Prager Vereinbarung, welche der willkürlichen Kündigung oder Entlassung der Bergarbeiter vorbeugen soll, für eine weitere Zeit zu sichern. Nebenbei wurden durch Regierungsverordnung die Kollektivverträge bis 31. März 1935 für unfähbar erklärt.

Die außerordentlich brennende Frage der Sanierung der Bergarbeiterversicherung ist Gegenstand häufiger Beratungen. Eine im Jahre 1932 eingesetzte besondere Kommission mit Prof. Schönbauer an der Spitze hat ihre Arbeiten bereits fertiggestellt. Schwererlasten bereitet noch immer die finanzielle Seite der Angelegenheit.

Staatliche Kohlenaktion

Zur Vinderung der Not der Arbeitslosen legt das Ministerium für öffentliche Arbeiten einen Antrag zur Durchführung einer staatlichen Kohlenaktion vor. Die Staatsgruben widmeten diesem Zwecke 5500 Tonnen Kohle jeder Art, die Eigentümer privater Gruben 10.500 Tonnen. Insgesamt stehen also dieser Aktion 16.000 Tonnen Kohle zur Verfügung. Um diese Aktion zu ermöglichen, gewährte das Eisenbahnministerium eine weitgehende Kreditermäßigung und das Finanzministerium bereite die Kohle von der Umsatz- und Veredelungssteuer. Der restliche Aufwand trägt das Ministerium für soziale Fürsorge und die Gemeinden. Mit der Verteilung der Kohle an die Arbeitslosen wurde das Ministerium für soziale Fürsorge betraut.

Zur Vinderung der Not der Bergarbeiter führt das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Bekleidungsaktion für 10.000 Kinder vollkommen arbeitsloser und sozial bedürftiger Bergarbeiter durch. Es widmeten diesem Zwecke einen Betrag von 500.000 Kč. Mit der Durchführung der Aktion wurde die Ministerialzentrale betraut.

Staatliche Berg- und Hüttenbetriebe

Die staatlichen Berg- und Hüttenbetriebe bilden einen wichtigen Bestandteil der tschechoslowakischen Industrie nicht nur wegen des ansehnlichen Umsatzes ihrer Produktion, sondern hauptsächlich, weil sie den Staat eine Kontrolle der Produktionspreise und eine Einwirkung auf die Bildung der Verkaufspreise ermöglichen.

Die staatlichen Gruben- und Hüttenwerke beschäftigen jetzt insgesamt 11.500 Arbeiter; im Jahre 1933 wurde von ihnen ein Arbeitslohn von 95.200.000 Kč ausbezahlt. Durch eine Reihe von rentablen Investitionen haben die Staatlichen Berg- und Hüttenwerke, welche in letzter Zeit Arbeiterentlassungen nicht vorgenommen haben, die Arbeitslosigkeit erheblich gesenkt. Im Jahre 1934 werden einige staatliche Betriebe, die seitwärtig einstillig waren, wieder die Arbeit aufnehmen und bei einigen anderen Unternehmungen wird der Betrieb erweitert.

Das Ministerium befreite sich auch mit der Reorganisation des Verkaufes von Kohle und Stahlguss aus den staatlichen Gruben.

Die legislatorische Arbeit

In den anschließenden zehn Monaten betrifft im hohem Maße auch den Arbeiterschutz auf neuen Gebieten, die dem Arbeitsministerium unterstellt sind. Ein vollkommenes Bild darüber gibt folgende Aufstellung:

I. Durchgeführte legislatorische Vorkehrungen:

Auf dem Gebiete des Automobilwesens ist das Gesetz vom 2. Juli über die weitere Vereinfachung der Wirksamkeit der internationalen Berechtigung über die Fahrt mit Motorfahrzeugen, die Regierungsverordnung vom 20. Juli über die Verlängerung der Wirksamkeit der vorangegangenen Regierungsverordnung vom Jahre 1932 sowie die dem Senat unterbreitete Vorlage über die Fahrt mit Motorfahrzeugen zu erwähnen, durch die der Motorfahrzeugverkehr geregelt und der notwendigen Entwicklung des Automobilverkehrs und dem modernen technischen Fortschritt angepasst wurde. Auf dem Gebiete des Schiffswesens wurden durch Regierungsverordnungen neue Vorschriften für die amtliche Führung von Wassermetern und Schiffsgefäßen herausgegeben, auf dem Gebiete des Veralterungswesens ebenfalls durch Regierungsverordnung die Gebühren für die Eintragung von Goldwaren neu geregelt und die bisherige Organisation der Registrierungspositionen geändert. Mit Regierungsverordnung vom 4. Juli wurden einige Vorkehrungen über ausländische Flugzeugführer herausgegeben.

Das Gesetz betreffend die Gaswirtschaft und das Gesetz über Machenschaften bei der Vergabung öffentlicher Lieferungen wurde schon beschlossen.

Drei Regierungsverordnungen vom 9. Jänner wurden drei neue Kategorien von Ziviltechnikern geschaffen und mit einer weiteren Regierungsverordnung die Vorschriften für die Prüfung der Bewerber um die Zivilingenieurberechtigung teilweise geändert.

Eine besondere und sehr starke Gruppe der in den letzten zehn Monaten durchgeführten Arbeiten bilden die Gesetze und Verordnungen zur Sicherung des Bergwerkbetriebes sowie der Bergarbeiterschutz, von denen bereits an einer früheren Stelle die Rede war.

II. Im interministeriellen Verfahren befindliche Vorlagen:

Die Gesetzesvorlage über einige Vorkehrungen in Sachen des überhäufigen Regulierungsbau- und Bauabwärtungsplanes für die Hauptstadt Prag und deren Umgebung, durch die die staatliche Regulierungskommission liquidiert werden soll. Der Entwurf eines Koeffizientengesetzes, demzufolge der obligatorischen Aufschub sowohl Dampfmaschinen als auch das Bedienungspersonal unterliegen. Der Entwurf einer Regierungsverordnung, durch die ein Beitrag für wasserwirtschaftliche Anlagen errichtet wird.

III. Im Stadium der Vorbereitung befindliche Vorlagen:

Die Vorlagen über die neue Bauordnung und die Sanierung der Bruckerluden sowie weitere zwei Verordnungen über das Flugwesen. Ueberdies ist bereits die Durchführungsverordnung zum Gesetze über die Fahrt mit Motorfahrzeugen fertiggestellt.

Zusammenfassung:

Alles in allem wurde, wie sich aus dem vorstehenden Tätigkeitsberichte ergibt, seitens des Arbeitsministeriums binnen weniger Monate ein Werk vollbracht, das sich um so mehr sehen lassen kann, als es in einer unruhigen Zeit und unter den schwierigsten durch die Wirtschaftskrise bedingten Verhältnissen geleistet werden mußte. Wenn irgendwas, so ist gerade eine solche Leistung das beste Zeugnis für die Demokratie, die gute Arbeit zu leisten vermag, da ihre härteste Unterlage die Zusammenarbeit der breitesten Bevölkerungsschichten ist!

Aus dem Exposee des Fürsorgeministers Genossen Dr. Meißner

Systematische Investitionen das Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Den Ausführungen des Genossen Dr. Meißner im sozialpolitischen Ausschuss war zu entnehmen, welche wertvolle Arbeit das Fürsorgeministerium unter seiner Leitung durch systematische Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit, über ihre Verteilung nach Gebieten und Berufsgruppen sowie über ihre Dauer geleistet hat.

Der Hauptgedanke des Exposee des Fürsorgeministers ist die Analyse der Folgen des heutigen Arbeitslosenstandes und eine Uebersicht der Bemühungen seines Ministeriums, einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen.

Der Minister will namentlich an die systematische organische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gebieten gehen, wobei er nach wie vor die öffentliche Investitionstätigkeit in den Vordergrund all dieser Bemühungen stellt. Seine Darstellung, wie die Not des Arbeiters automatisch auch die anderen Erwerbszweige mit ins Verderben reiße, sollte auch den bürgerlichen Kreisen zu denken geben.

Einleuchtend machte der Minister darauf aufmerksam, daß unsere Arbeitslosenstatistiken ungenügend sind. Aus seinen Ausführungen und den weitestgehenden statistischen Daten läßt sich trotzdem nachweisen, daß die Besserung unserer wirtschaftlichen Situation seit Beginn des heutigen Jahres nicht in einer größeren Anzahl von Versicherungen äußert — wenn auch die Zahl der Arbeitslosen etwas gesunken ist — und daß der Besserungspiegel trübselig und wiederum die Arbeitslosigkeit steigt.

Bemerkenswert ist, daß unter dem Einfluß der Nationalisierung ein Uebergang von der manuellen zur geistigen Arbeit sich vollzieht. Unter normalen Verhältnissen hätten wir ein Viertel gegen die Ueberlastung des Arbeitsmarktes in der Auswanderung. Wie ihr Rückgang beweist, ist auch dieses Viertel fast vollkommen verschlungen. Im Jahre 1929 fanden 48.438 Personen Arbeit im Ausland, im Jahre 1933 nur 13.877, davon waren im Jahre 1929 28.319 Auswanderer, im heutigen Jahre 4834. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes hat die Tatsache zur Folge, daß jetzt die schwachen Kriegsjahrgänge nachrücken, denn die Zahl der lebend geborenen Kinder sank von 402.474 im Jahre 1913 auf 174.970 im Jahre 1918; seit Ende des Jahres 1930 bis Ende 1933 sank die Zahl der im Alter von 15 bis 79 Jahren Sterbenden in Böhmen und Mähren um 150.000.

Nicht außer Acht gelassen werden darf auch die soziale Seite der Arbeitslosigkeit, das ist die Frage, wie lange die Arbeitslosigkeit bei den einzelnen Personen dauert und wie groß die Anzahl der Beschäftigungslosen innerhalb der einzelnen Familien ist. Denn ganz anders wirkt die Arbeitslosigkeit, wenn wenigstens durch die Familie für den Lebensunterhalt gesorgt ist oder wenn mehrere Familienmitglieder arbeiten oder wenn schließlich eine mehrgliedrige Familie von 10 bis 15 Mitgliedern arbeitslos ist.

Statistik der Arbeitslosigkeit:

In dem Bestreben, die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu finden, hat das Ministerium festgestellt, welche Gebiete und welche Produktionszweige durch die Arbeitslosigkeit betroffen werden. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Produktionszweigen stellt sich folgendermaßen dar:

In der Textilindustrie ist die Beschäftigungslosigkeit heute durchschnittlich kleiner als im vorigen Jahr und sie geht insbesondere seit dem März zurück. Im Mai war sie um 22 Prozent kleiner als in derselben Zeit des Vorjahres. Seitdem bewegt sie sich mit kleinen Abweichungen auf demselben Niveau.

Ebenso zeigt die Metallindustrie als im Durchschnitt eine geringere Arbeitslosigkeit als im Jahre 1933. Die Zahl der Beschäftigungslosen sank bis zum August ständig; im September zeigte sich ein kleines Ansteigen. Der günstige Zeitpunkt war der Monat Juni.

Bis zum Juli wies auch das Baugewerbe eine kleinere Arbeitslosigkeit auf, in den Monaten März bis April um 13 bis 10 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Vom August an verschlechtert sich die Situation und die Arbeitslosigkeit war Ende September um vier Prozent größer als im Jahre 1933.

In der Holzindustrie ist die Situation von Winter bis zum September besser, am günstigsten vom März bis Juni (12 bis 14 Prozent). Dann beginnt ein rückwärtiger Prozeß und im September ist die Zahl der Arbeitslosen nur um vier Prozent kleiner als im September 1933.

Die Glasindustrie, welche am schwersten durch die Krise betroffen war, bietet während der ganzen neun Monate ein Bild der Verbesserung. Im April war die Arbeitslosigkeit um 28 Prozent geringer als im April 1933; im September betrug die Differenz noch 18 Prozent.

Die Bekleidungsindustrie konnte im Herbst auf eine bis 20prozentige Besserung hinweisen. Auch in diesem Produktionszweig trat später ein Rückschlag ein und im August und September betrug die Differenz nur noch zehn Prozent.

In der Steinindustrie äußerte sich die Besserung im ersten Halbjahr in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 19 Prozent. Daraus verschlechterte sich die Situation und Ende September wurden schon um zwei Prozent mehr Arbeitslose gemeldet.

Am Berg- und Hüttenbau ist die Arbeitslosigkeit in den ersten vier Monaten größer gewesen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Vom Mai angefangen geht die Arbeitslosigkeit ständig zurück. Im September betrug die Differenz 23 Prozent.

Auch in der Land- und Forstwirtschaft ist erreicht die Rückgang der Arbeitslosigkeit um im Mai 12 Prozent, der September zeigte eine unbedeutende Erhöhung gegenüber dem Vorjahre.

Am 31. Juli wies die absolut größte Arbeitslosigkeit Brunn, Groß-Traun, Reichenberg und Karlsbad auf. Von allen politischen Bezirken hatten:

- 5 Bezirke mehr als 10.000 Arbeitslose,
- 10 Bezirke zwischen 8000 und 10.000 Arbeitslosen,
- 8 Bezirke zwischen 6000 und 8000 Arbeitslosen,
- 17 Bezirke zwischen 4000 und 6000 Arbeitslosen,
- 18 Bezirke zwischen 3000 und 4000 Arbeitslosen,
- 27 Bezirke zwischen 2000 und 3000 Arbeitslosen,
- 41 Bezirke zwischen 1000 und 2000 Arbeitslosen,
- 99 Bezirke weniger als 1000 Arbeitslose.

Den verhältnismäßig größten Prozentsatz Arbeitsloser weist der Bezirk Grasslitz auf (36,1 Prozent), dann Sternberg (30 Prozent), Rumburg (29,1 Prozent), Neudek (25,4 Prozent), Triebland (23,4), Aradental (22,7), Elbogen (21,4), Karlsbad (21,3).

- Die Arbeitslosigkeit ist in:
- 1 politischen Bezirk (Grazsitz) größer als 30 %
 - 12 politischen Bezirken zwischen 20 und 30 %
 - 14 politischen Bezirken zwischen 15 und 20 %
 - 20 politischen Bezirken zwischen 12 und 15 %
 - 12 politischen Bezirken zwischen 10 und 12 %
 - 15 politischen Bezirken zwischen 8 und 10 %
 - 15 politischen Bezirken zwischen 6 und 8 %
 - 18 politischen Bezirken zwischen 5 und 6 %
 - und in
 - 118 politischen Bezirken kleiner als 5 %.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß vom heutigen Frühjahr angefangen die Beschäftigung in der Industrie teilweise auch die Ausfuhr gestiegen sind. Daß die Statistik der Beschäftigten diesem Aufstieg nicht entspricht, ist vor allem durch zwei Umstände zu erklären. Einerseits kam die bessere Beschäftigung der Industrie hauptsächlich den Ausarbeitern zugute, ohne eine wesentliche Einreihung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß zur Folge zu haben. Andererseits muß der Grund in der Nationalisierung gesucht werden, die früher durchgeführt worden ist oder noch durchgeführt wird.

Die Ursachen:

Die Untersuchung der zur Arbeitslosigkeit führenden Ursachen ergibt:

Vor allem gingen einige Auslandsmärkte vorübergehend oder dauernd verloren. Eine Abhilfe wäre nur durch eine Umorientierung der Industrie oder Erschließung neuer Absatzgebiete oder durch Hebung des inländischen Bedarfs möglich. Es steht weiter fest, daß einzelne Betriebe zum Untergang verurteilt sind und für die entlassenen Arbeiter keine Hoffnung auf Rückkehr besteht. Das Problem dieser Arbeiterlosigkeit läßt sich nicht dauernd durch Umverteilung von Arbeitsstellen oder durch Unternehmungen lösen, sondern wird als ein eigenes Problem beurteilt werden müssen.

Nach dem von den Gewerbe-Inspektoren geführten Kataster gab es 1928 11.803 Fabriksbetriebe, Ende März 1934 nurmehr 11.159. Als dauernd angefallen wurden also 644 Fabriksbetriebe aus der Bilanz gestrichen. 5,4 Prozent aller Fabriksbetriebe sind definitiv aus und ihre Angehörigen verloren die Arbeit. Von den anderen Betrieben waren Ende März 1934 10.001 in Tätigkeit. Es arbeiten also 1158 Betriebe nicht und es ist unklar, ob sie in Zukunft wieder in Gang kommen werden. Seit dem Jahre 1928 schieden — auch wenn man die neu errichteten berücksichtigt — 1802 Betriebe, das sind 15 Prozent, aus.

Von 383 Bergwerksbetrieben im Jahre 1928 blieben im Vorjahre 329. Außerdem wurde in 35 Betrieben nur Erhaltungsbau geleistet. In dieser Zeit sank die Zahl der Arbeiter von 110.324 auf 85.892. Die Zahl der in Tätigkeit befindlichen Hütten ist von 17 auf 5 zurück, die Zahl der Angehörigen in den Eisenhütten überhaupt von 3119 auf 1927.

Im Jahre 1928 beschäftigten 11.803 Fabriken 1.005.000 Arbeiter, Ende März 1934 waren bloß 655.000 Arbeiter beschäftigt, so daß sich ein Abgang von 350.000 Personen ergibt.

Betriebsstillegungen.

Bei der Durchführung des Betriebsstillegungs-gesetzes beschränkte sich das Ministerium für soziale Fürsorge nicht auf die vorgeschriebenen Amtshandlungen, sondern es war beabsichtigt, in jedem einzelnen Falle die administrativen, finanziellen und anderen Hindernisse zu beseitigen, die die Fortführung des Betriebes verhindert hätten. Das Ministerium intervenierte zu diesem Zweck bei den verschiedenen Behörden und Anstalten.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes bis Ende Oktober d. J. lieferten 140 Anzeigen von beabsichtigten Stillegungen ein, von welchen 121 unter die Bestimmungen des Gesetzes fielen. In 30 Fällen ist das Verfahren noch im Gange. Von 91 Fabriksbetrieben mit 12.132 Beschäftigten stellen nur 67 Betriebe mit 6072 Beschäftigten die Arbeit wirklich ein, so daß einer bedeutenden Anzahl von Arbeitern die Existenzmöglichkeit bedroht wurde. In derselben Zeit wurde den Bezirksbehörden und Gewerbeinspektoren mitgeteilt, daß 12.295 Arbeiter aus 108 Fabriken entlassen werden sollen. Es kam

wirklich zur Entlassung von 5811 Arbeitern in 77 Fabriken.

Außerdem wurde von 68 Fabriken mit 9270 Arbeitern um die Bewilligung zur Einstellung des Betriebes auf weniger als drei Monate angefragt, es kam zur Einstellung von 62 Betrieben mit 5271 Arbeitern. Im Verlaufe des halben Jahres konnte durch Verschaffung von Rohstoffen oder Kredit erreicht werden, daß 16.453 Arbeiter vor der Entlassung bewahrt wurden.

Die Folgen:

Der im Befolge der Arbeitslosigkeit Rückgang des Verbrauches hatte wiederum einen ungünstigen Einfluß auf die Beschäftigung der Gewerbetreibenden, deren wirtschaftliche Situation stark erschüttert wird. Zur Beschäftigungslosigkeit der Arbeiter tritt jene der Gewerbetreibenden. Die Entlassung von Arbeitern aus Gewerbebetrieben schädigt schließlich die Gewerbetreibenden selbst, denn die arbeitslosen gewerblichen Arbeiter helfen sich durch Ausfuhr kleinerer Arbeiten oder machen sich selbstständig. Insbesondere vermehrte sich die Zahl jener, die ohne Gewerbeberechtigung den Verkauf verschiedener Waren betreiben.

Was von den Gewerbetreibenden gesagt wurde, gilt in erhöhtem Maße von der Industrie. Die Sorge um die Finanzierung der Unternehmungen und der Arbeiten für arbeitslos gewordene Industriearbeiter und Anwerbe lastet ausschließlich auf dem Staat und den öffentlich-rechtlichen Korporationen, obwohl der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht nur Sache des Staates, sondern auch der Industrie ist. Ohne Regelung des inländischen Konsums kann der Industrie nicht geholfen werden. Auch wenn die Ausfuhr ins Ausland wieder ganz frei werden würde, hätten wir ständig ein Markt im Ausland erschraubt, wenn hunderttausende Arbeitslose außerhalb der Fabriken blieben.

Das Interesse des Staates an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist selbstverständlich kein bloß finanzielles, sondern ein weit tieferes. Beachten wir, wie verheerend die schwere wirtschaftliche Situation auf die Population wirkt.

Die Jahre der Wirtschaftskrise beginnen sich genau so zu äußern, wie die Kriegsjahre. Auch im Jahre 1930 gab es 833.253 Geburten, im Jahre 1931 318.452, im Jahre 1932 312.643, im Jahre 1933 287.623. Im Jahre 1933 waren wir auf derselben Höhe wie im Jahre 1915, die Differenz gegenüber dem Jahre 1930 betrug 45.630. Zwischen den ersten Halbjahren 1930 und 1934 ist eine Differenz von 23.614 und der allgemeine Geburtenrückgang macht weitere Vorhersagen.

Alle Produktionszweige müssen daher bestrebt sein, die Not zu mildern. Das kann nicht nur durch bloße Auszahlen von Geld oder Naturalunterstützungen erreicht werden, sondern durch Wiedereinreihung der Arbeitslosen in das Arbeitsverhältnis. Unternehmungen hält das Ministerium für die letzte Auskunft. So wie es mehrere Ursachen der arbeitslosen Arbeiter gibt, so gibt es auch verschiedene Mittel zu ihrer Beseitigung. Niemand erfährt das Problem richtig, der Rettung in der Anwendung nur eines Mittels erblickt. Kein Mittel zur Arbeitsbeschaffung darf unterlassen werden!

Einer der wichtigsten Arbeitsfaktoren ist die Paubelegung. Zu ihrer Behebung wurde ein Versuch durch die Verordnung über Steuererleichterungen bei Hausreparaturen gemacht. Vorläufig ist die Wirkung dieser Verordnung nicht allen durchdringend, wahrscheinlich deshalb, weil sie erst während der Sommerferien erlassen wurde. Das Ministerium beschäftigt sich mit der Frage, in welchem Maße neben den bisherigen Begünstigungen noch weitere gewährt werden sollen. Der Behebung der Baubelegung würden gewisse Maßnahmen zur Aufbesserung des Geldes dienen. Es ist zu hoffen, daß die beschleunigten Erleichterungen von Baubewilligungen und Kollaudationen der Baubelegung zum Vorteil gereichen werden.

Investitionen!

Besonders Gewicht muß auf die Investitionstätigkeit gelegt werden.

Gegen diese Arbeiten wird häufig der Einwand erhoben, daß sie kein Zielmittel seien, sondern im Gegenteil durch erhöhte Belastung der Finanzen des Staates und der öffentlichen Korporationen in ihren Auswirkungen wirtschaftlich schädlich wirken. Man verweist darauf, daß das einzige Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Behebung der privaten Unternehmertätigkeit ist.

Dagegen kann man anführen, daß ein großer Teil der privaten Unternehmertätigkeit auch in normalen Zeiten auf Aufträge öffentlicher Korporationen angewiesen war. Durch Ausfall dieser regelmäßigen Investitionstätigkeit wurde die Arbeitslosigkeit vergrößert.

Wenn aus Mangel an finanziellen Mitteln Investitionsarbeiten nicht im demselben Umfang durchgeführt werden können, wie in normalen Zeiten, müssen sie wenigstens auf einem erreichbaren Maße erhalten werden.

Wenn die öffentliche Investitionstätigkeit jedoch ihre Aufgabe erfüllen soll, ist es notwendig, daß sie systematisch und organisiert durchgeführt wird. Es ist nicht nur auf die Zweckmäßigkeit und ihren Ertrag zu achten, sondern auch darauf, ob sie zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beiträgt.

Damit diese Tätigkeit systematisch erfolgen kann, hat das Ministerium vor allem den Umfang der Arbeitsgelegenheiten festzulegen. Dabei kam man darauf, daß viele Projekte, welche von den Ländern sowohl technisch als auch zum großen Teil finanziell vorbereitet sind,

Einhaltung des Gesetzes über die achttündige Arbeitszeit

Eine der Ursachen des Anwachsens der Arbeitslosigkeit ist darin zu erblicken, daß die Vorschriften über die achttündige Arbeitszeit nicht eingehalten werden. Einer Reihe von Beschäftigungslosen könnte gewiß Arbeit beschafft werden, wenn diese Vorschriften eingehalten würden, insbesondere wenn die Ueberzeitarbeit auf das Mindestmaß beschränkt würde.

Wie wir erfahren, wurden alle Organe der staatlichen Verwaltung, denen die Durchführung des Gesetzes über die achttündige Arbeitszeit obliegt, beauftragt, einerseits bei der Entscheidung über Ansuchen um Bewilligung von Ueberzeitarbeit möglichst rigoros vorzugehen, andererseits jede eigenmächtige Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit mit der größten Beschleunigung zu strafen.

Uebertretungen des Gesetzes über die achttündige Arbeitszeit werden mit Geldstrafe bis zu 2000 Kč, bei Unerbittlichkeit mit Arreststrafen bis zu drei Monaten, im Wiederholungs-falle mit Geldstrafen bis zu 5000 Kč oder Arreststrafen bis zu sechs Monaten geahndet.

aus dem einzigen Grunde nicht verwirklicht werden können, daß einzelne der öffentlichen Faktoren, welche zu einem Beitrag verpflichtet sind, aus finanziellen Gründen dazu nicht in der Lage sind. Es handelt sich hauptsächlich um Gemeinden und Bezirke. Nach vorläufigen Berechnungen gibt es in den Ländern Böhmen, Mähren, Schlesien und Slowakei solcher Arbeiten für 240 Millionen Kč, wobei ein Betrag von rund 45 Millionen Kč ausbleibt.

Nach dem Beschlusse der Regierung werden die Beträge, welche die Gemeinden oder Bezirke in diesen Fällen beizusteuern haben, diesen Körperschaften vom Staate kreditiert. Dadurch erzielt man, daß Arbeiten für fast eine Viertelmilliarde Kronen in Gang kommen.

Diese Aktion steht in einem gewissen Zusammenhang mit der „produktiven Arbeitslosenfürsorge“. Diese entspricht am besten der Forderung, daß Investitionsarbeiten in Gebiete geleistet werden sollen, die am meisten unter der Arbeitslosigkeit leiden.

Bei dieser Aktion wird nicht nur die Bedingung der Biersignaturnotwendigkeit gestellt, sondern auch die weitere, daß ausschließlich nach dem Genetischen System oder durch Ernährungsarten unterliegende Personen, darunter wenigstens 15 Prozent der Jugendlichen im Alter von 18 bis 24 Jahren beschäftigt werden. Die Ergebnisse dieser Aktion können als befriedigend bezeichnet werden. Bisher wurden 1561 Gesuche günstig erledigt und Lohnbeiträge in der Höhe von 24.423.000 Kč bewilligt. Nach den Angaben der anstehenden Gemeinden und Bezirke wird dadurch Arbeit für 85.557 Personen in der Dauer bis zum 12. Monaten ermöglicht.

Bei der Feststellung der Arbeitsmöglichkeiten von Bezirken mit größerer Arbeitslosigkeit ließ das Ministerium auch die Gründe erheben, welche der Durchführung der Projekte im Wege stehen. Heute schon läßt sich sagen, daß es für einen Überhand eine Millionäre Arbeitsmöglichkeiten gibt, daß aber ohne Hilfe des Staates der Aufwand nur für ein Viertel gedeckt ist. Ferner daß die Durchführung der Arbeiten vornehmlich durch die traurige finanzielle Lage der Gemeinden und Bezirke gehindert wird.

Um hier teilweise Abhilfe zu schaffen, nahm die Regierung in das Finanzgesetz eine Bestimmung auf, der zufolge der Finanzminister eine Garantie bis zur Höhe von 50 Millionen Kč für solche Anleihen aufnehmen kann, welche von den Selbstverwaltungsorganen für Investitionszwecke eingesetzt werden.

Die genaue Uebersicht über die Arbeitsmöglichkeiten wird das Ministerium veranlassen, an die Organisierung dieser Arbeiten in den am schwersten betroffenen Gebieten zu denken.

Neben der Unterbringung der Exportindustrie durch Uebernahme der Garantie ist der Finanzminister ermächtigt, eine Staatsgarantie bis zu 50 Millionen als Rückförmigkeit bei der Landesbank für Hypothekendarlehen an Industriebetriebe im Jahre 1935 zu übernehmen. Dadurch wird es ermöglicht, daß gesunde Betriebe mit genügend Aufträgen ihre Arbeit fortsetzen können.

Arbeitszeitverkürzung!

Nicht das letzte Mittel zur Beschäftigung einer größeren Anzahl Arbeitsloser ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Verkürzung ist auf dem Vormarsch.

Bei uns wurde zuerst ein Versuch zur Einigung zwischen den Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften gemacht. Diese Beratungen liefen vor dem Lohnprobleme. Sicher ist, daß es viele Betriebe gibt, in welchen bisher weniger als 40 Stunden wöchentlich gearbeitet wurde. Es kann keine Hindernisse geben weder auf Seiten der Unternehmer, die schon weniger als 48 Stunden wöchentlich ohne technische und finanzielle Schwierigkeiten arbeiten lassen, noch von Seiten der Arbeiter, welche außerhalb des Arbeitsprozesses hand und sicher lieber 40 Stunden wöchentlich arbeiten würde, als überhaupt ausgeschaltet zu werden.

Vorläufig stellt der Staat bei Aufträgen die Bedingung, daß bei Arbeiten, welche für ihn bestimmt sind, höchstens 40 Stunden wöchentlich gearbeitet werde. Derselben Bedingungen werden bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden und Bezirke gestellt.

Diese Frage kann nicht auf dem toten Punkt stehen bleiben, sondern es wird notwendig sein, daß der Staat sie auf eine geeignete Weise löst, wenn die Parteien sich nicht einigen können!

Im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung befragt der Minister dann die Ueberzeitarbeit, welche auf ein Minimum herabgedrückt wurde. Er schlägt sein Exposé mit der Feststellung, daß die Regierung das höchste Bestreben zeigt, alles zu tun, um die Zahl der Arbeitenden zu vermehren.

Die Rationalisierung im Bergbau

Eine Maschine schaltet 80 Häuser aus

Wie sehr neben der allgemeinen Wirtschaftskrise die Rationalisierung an der Arbeitslosigkeit und dem ganzen damit verbundenen Massenelend schuld ist, zeigte Arbeitsminister Genosse Dr. Czech in seinem Exposé für das Teilgebiet des Bergbaus an Hand von trassen Beispielen unwiderleglich auf.

Noch im Jahre 1926 betrug in der Tschechoslowakei die mechanische Gewinnung der Steinkohle lediglich 38,2 Prozent, im Jahre 1930 aber schon 78,7 Prozent und im Jahre 1931 sogar 81 Prozent der Gesamtförderung. In es gibt bei uns, sogar Gruben, wo die mechanische Förderung 94 Prozent der gesamten Förderung beträgt, während das reichliche Land England, das im Jahre 1932 einen Produktionsanstieg mit nur 35prozentiger mechanischer Kohlenförderung das Auslangen findet!

Man sieht, wie die Rationalisierung förmlich mit Riesenschritten vorwärts schreitet und daß ihr selbst in der Zeit nicht Einhalt gehalten wurde, in der die Lage des Bergbaus alles andere als Rationalisierungsmaßnahmen erforderte, die eine Restriktion von Schächten und eine weitere Ausschaltung von Tausenden und aber Tausenden von Bergarbeitern aus den Gruben zur Folge haben mußte. Den besten Beweis liefert hier vor allem die Tatsache, daß in der Zeit von 1929 bis 1933 45 von den damals bestehenden 374 Grubentrieben eingestellt wurden.

Um die Tragweite der Rationalisierungsmaßnahmen zu illustrieren, seien hier einige von den zahllosen Maßnahmen angeführt.

In den großen Gruben werden die früher manuell durchgeführten Schrämmarbeiten durch große, mit Druckluft betriebene Schrämmapparate geleistet. Die Leistungsfähigkeit einer solchen modernen Schrämmmaschine beträgt im Laufe einer achtstündigen Schicht 120 Schrämm, wofür früher die Arbeit von 80 Mann Männern erforderlich war, deren Arbeit dadurch entbehrlich geworden ist.

Einige große Steinkohlengruben haben Maschinen des Systems Vortmann zum Vorziehen der Strecken einstellt, die die Leistungsfähigkeit der Maschinen um 100 Prozent pro Schicht vergrößerten, was der normalen Arbeit einer doppelten Zahl von Männern entspricht.

Die Firma Wala benutzte zum Vorziehen der Strecken und zum Abtransport des gewonnenen Materials eine Gangmaschine System „Allgemeine Transportgesellschaft“ in Berlin, wodurch sie beim Vorziehen der Strecken einen Effekt von 24 Metern pro Schicht, das ist die Arbeit von 24 Männern und mindestens 12 Karrenläufern, erzielt.

Eine der Braunkohlengruben hat den Abbau sowie die ganze Förderung mechanisiert. Diese Grube hat vorher 1100 Arbeiter beschäftigt, nach der durchgeführten Mechanisierung haben 550 Arbeiter die selbe Förderung erzielt. Die Leistung des einzelnen Mannes hier um 200 Prozent, die Löhne verblieben in gleicher Höhe.

Eine Braunkohlengrube hat die Förderung dermaßen mechanisiert, daß abgesehen von der Aufsicht über die Maschinen, eine menschliche Kraft zur Bedienung überhaupt nicht notwendig ist. Die Seilbahn, deren Punkte sich konstant im Umlauf befinden und die in einer Entfernung von 25 Metern voneinander aufgehängt sind, führt sie zum Hülforte in der Grube und läßt dort an der Reihstation den Günt automatisch aus. Der mit Kohle gefüllte Günt fährt an die selbständige Abfuhrstation, wo die Kohle in den Kohlenbehälter ausgeschüttet wird. Der nächste Günt holt den leeren Günt aus der Abfuhrstation, dieser fährt ab, hängt sich selbst an die

Seilbahn an und kehrt zur neuen Füllung in die Grube zurück. In der Fördergrube ist eine Förder-einrichtung des Systems Burtrachon, dessen Förder-gesäß im Umfange von 5 Zonen unter den Behältern der Abfuhrstation der Seilbahn fährt, sich füllt, den Behälter schließt und an die Oberfläche geht, wo es sich automatisch in den Behälter entleert, während sich das zweite Fördergefäß am Füllort in der Grube aus dem unter der Seilbahn befindlichen Behälter füllt.

Aus diesen wenigen Beispielen, die ganze Hände sprechen, erkennt man, wie der Bergbau, dessen Mechanisierung und Rationalisierung Zehntausende von Bergarbeitern überflüssig macht und dem schweren Schicksal der Arbeitslosigkeit überantwortet hat, langsam, aber sicher dem menschlichen Fortschritt zuehrt, der auch in den übrigen Industriezweigen immer weiter an Raum gewinnt.

Wenn wir diese wahrhaft erschütternden Feststellungen machen, fällt es uns selbstverständlich nicht ein, den technischen Fortschritt, den die neuen Produktionsmethoden in sich bergen mögen, von der Hand zu weisen, insbesondere dort, wo er den Arbeitern die Arbeit erleichtert oder sich gesundheitsförderlich zu ihren Gunsten auswirkt. Wo es sich um Arbeiter handelt, deren Wenden müssen, ist die völlige Planlosigkeit in der Durchführung der Rationalisierung des Bergbaus und vor allem die überaus betrübliche Erscheinung, daß sie wohl an die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft die höchsten Anforderungen stellt, aber an den Früchten der technischen Errungenschaften überhaupt nicht partizipieren läßt.

Und so stehen wir, erklärte Genosse Dr. Czech, vor der Notwendigkeit, im Rahmen der planvollen Regelung unserer gesamten Wirtschaft auch den Bergbau einer Neuorganisation zu unterziehen, bei welcher vor allem die Interessen der Bergarbeiter in vollem Maße gewahrt werden sollen, wie dies im Exposé des Herrn Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommt.

Oesterreich will Rüstungsgleichheit

Genf, (Tsch. P. A.) Dienstag tagte hier das Präsidium der Allgemeinen Abrüstungskonferenz. In der Debatte betreffend die einzelnen Vorschläge des Vorsitzenden Henderson ergriß insbesondere der sowjetrussische Volkskommissar für Außerwärtige Vitwinits das Wort, wobei er seines Vorschlages betreffend Umwandlung der allgemeinen Abrüstungskonferenz in eine ständige Friedenskonferenz gedachte. Der Vorsitzende der Vereinigten Staaten Wilson teilte mit, daß seine Regierung einen besonderen Vorschlag betreffend die Regelung der Erzeugung und des Handels mit Waffen unterbreiten werde. Ausdrücklich stimmte er mit der Fortsetzung der Abrüstungsberatungen nach dem Vorschlage Hendersons nicht überein, die Vertreter Oesterreichs und Italiens.

Baron Břížal, der Vertreter Oesterreichs, gab die Erklärung ab, daß Oesterreich die Gleichberechtigung in den Rüstungen fordere, ohne die Oesterreich in ständiger Gefahr sei. Solange Oesterreich nicht die Gleichberechtigung erhalte, werde die österreichische Regierung keine Verpflichtung betreffend die Abrüstung unterzeichnen. Im gleichen Sinne sprach sich auch der italienische Delegierte bissera aus, der die Nichtanwesenheit der Vertreter mehrerer Staaten hervorhob.

Der Vatikan im Dienste Hitlers

Paris, (Tsch. P. A.) Der Berichtsjahr des „Petit Journal“ in Rom meldet zu den Verhandlungen, die Außenminister Laval vor seiner Abreise aus Paris mit dem apostolischen Nuntius in Paris, Ragnone, und dem französischen Volkskommissar beim Vatikan, Roux, hatte, der Vatikan habe nach reiflicher Überlegung der französischen Regierung den Standpunkt zur Kenntnis gebracht, den er hinsichtlich der Saarabstimmung

für den dortigen Merks einzunehmen sich entschlossen habe. Die Saarbevölkerung würde von ihren Priestern, wenn auch nicht Natschläge, so doch den Hinweis erhalten, daß die Stimmabgabe für die Rückkehr nach Deutschland als Ausdruck ihrer vollkommenen völkerverrechtigten (legitimen) Ansicht angesehen werden würde.

Kataloniens Autonomie besetzt

Madrid. Die Regierung hat beschlossen, ebenso wie sie dies zur Unterdrückung des Aufstandes in Asturien tat, auch jetzt einen höchsten militärischen Bevollmächtigten für Katalonien zu ernennen. Dieser Militärbefehlshaber wird mit der Leitung der katalanischen Provinzialregierung betraut werden und gleichzeitig die Oberaufsicht über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Katalonien führen.

Englische Thronrede

Dienstag wurde die Heröstagung des englischen Parlamentes mit dem gewohnten Gepränge und der Thronrede des Königs im Oberhaus eröffnet. Neben allgemeinen Phrasen über Außenpolitik und den zu erhoffenden wirtschaftlichen Aufschwung bringt die Thronrede an konkreten Anführungen die Verheißung der neuen industriellen Verfassung, das Versprechen öffentlicher Wohnbauten zur Verringerung der großstädtischen Elendsviertel (Slums) und das Versprechen eines weiteren Ausbaus der Luftfahrt.

„Blauwirtschaft“ auf Kapitalisten. Die Besitzer der dänischen Groß-Schlächtereien wollen eine gemeinsame „Distributionsbank“ errichten, wo die „überflüssigen“ Kinder und Schweine auf billige Weise in Knochenmehl oder Seife verwandelt werden können.

Die Nacht des Henkers

Eine Legende aus China

Von Fritz Rosenfeld.

Kung, der Diener, schüttelte frumm den Kopf, als Tscheng-Si-Tong, Mandarin der dritten Rangklasse und Statthalter des Kaisers in der Provinz Ho-Nan, ein Kleid aus braungrauer, grober Baumwolle verlangte, wie es die kleinen Kaufleute trugen, die auf den Straßen von Kai-Fong ihre Waren feilboten oder die Handwerker, die im Schatten eines Strohdaches Holzschalen mit goldenen, roten und schwarzen Farben bemalten, Becher und Schalen hämmerten und Wasmatten flochten. Wollte Tscheng-Si-Tong sich unter die Kupferhändler und Reisweidenhändler, unter die Mattenschleider und Holzschuhhändler mischen, um ihre Gespräche zu belauschen und als heimlicher Forscher zu erforschen, ob die Preise, die sie forderten, zu hoch, die Steuer, die sie bezahlten, zu niedrig war? Kung fragte nicht, er gehorchte; als der Mandarin sein Haar verflocht, hätte ihn niemand von den tausend armflehig gekleideten, häßig dahinjagenden, mit unsichtbaren Peitschen gepeinigten Menschen unterscheiden können, die die Straßen von Kai-Fong bis in die Stunde der andbrechenden Dunkelheit erfüllten.

Tscheng-Si-Tong nahm den Weg über die Brücke der Blühenden Mandelbäume, durch die Gasse der Glückseligen Träume und kam, an der Pagode der Stiehenden Schweigenden Dämonen vorüber zu dem Platz, auf dem die Rißha-Kulis, verblichener glänzender Fahrgäste hartend, sich im Schatten ihrer Bäckchen die Zeit mit Würfelspiel vertreiben. Sie sprangen auf, als sie Tscheng-Si-Tong erblickten, seine Kleidung verriechend zwar keinen hohen Lohn, aber es war besser, eine Kupfermünze zu verdienen, für die man abends eine Schale Reis kaufen konnte, als den ganzen Tag hier faul im Staub zu liegen. Sie umringelten den Mandarin und bestürmten ihn mit lauten Worten. Er aber hob die Hand und fragte mit harter, klarer Stimme:

„Wo ist Li-Hang? Li-Hang soll mich in seiner Rißha durch die Stadt führen!“
Als der Name Li-Hang fiel, wichen die Au-

lis zurück. Der Kreis öffnete sich, und Tscheng-Si-Tongs Blicke fielen auf einen Kreis, der mit schlaff herabhängenden Armen vor ihm stand. Weiße Stoppelhaare bedeckten seinen Schädel, das Gesicht lag in ledernen Falten, spitz und dünn saß das Kinn hervor, die Augen bockten tief in dunklen Höhlen.

„Du bist Li-Hang?“
„Euer unwürdiger Diener, erhabener Herr.“
„Die Sage geht, daß die Götter die Gabe der Güte und die Gewalt der Weisheit auf dein Haupt gesetzt, Li-Hang.“
„Die Menschen lieben Märchen, erhabener Herr, und wenn der Reichtum der alten Legenden erschöpft ist, erfinden sie neue.“
„Du weißt meine Worte zu lesen, Li-Hang. Sind deine Arme so hart, wie dein Mund klug ist? Wo ist deine Rißha? Ich bin fremd in dieser Stadt, führe mich und zeige mir, was es hier Sehenswertes gibt!“
„Meine Rißha steht dort drüben, sie ist die armflehigste von allen, Herr, und eher nicht würdig. Ihre Riemen sind schlingend, ihr Sonnendach ist zerfleht, Laß euch von einem meiner Freunde führen, erhabener Herr, sie laufen schneller.“
Tief beugte sich Li-Hang in den Staub. Die Kulis halten den Atem an. Drei Tage ist es her, seit Li-Hang das letzte Kupferstück verdient hat. Der Hunger sitzt in seinen Eingeweiden, ein unangenehmer Gast, der nicht gehen will.
„Ich will in deiner Rißha fahren, Li-Hang; hörst du: in deiner!“
Da hebt Li-Hang den Blick, starrt er und hatt:

„Ich bin alt, Herr, meine Füße sind müde. Nicht ein Drittel der Stadt würde über leben, ehe die Dunkelheit einbricht.“
Der Mandarin tritt vor, er packt Li-Hang an der Brust, er zieht ihn nahe an sich heran:
„Du willst nicht, Sprich offen: du willst nicht. Seit wann ist es üblich, daß ein Rißha-Führer, weniger als ein Nichts, sich die Fahrgäste auswählt?“
Sie sagen: Li-Hang ist weiser als der Mandarin Tscheng-Si-Tong, sie sagen: er ist gütiger, würdiger des Platzes, an den der Kaiser ihn gestellt hat. Er soll mich durch die Straßen der Stadt ziehen, der Anecht seinen Herrn.

Nachrufe in Genf

In der außerordentlichen Völkerverbunderversammlung, die Dienstag in Genf eröffnet wurde, hielt der Vorsitzende des Völkerverbundes, Minister Dr. Venes den Opfern von Marzella einen Nachruf. Die Versammlung erhob sich zum Zeichen der Trauer von den Sätzen. Dann antwortete Jettie und endlich Laval. Im weiteren Verlauf der Sitzung referierte Dr. Venes über den Konflikt Bolivien-Paraguay.

Beschleunigung der öffentlichen Arbeiten in Böhmen

Einer bei ihm erschienenen Deputation erwiderte der Landespräsident von Böhmen, Dr. Sobotta, dieser Tage, er habe den Bezirkshauptleuten Befehle gegeben, das Versahren in allen Angelegenheiten von Bauten, welche die Länder, die Bezirke und Gemeinden unternehmen, zu beschleunigen. Der Landespräsident wird in der nächsten Zeit eine Inspektionsreise unternehmen, um sich von der Durchführung dieser Befehle zu überzeugen. Das Vorgehen des Landespräsidenten ist zu begrüßen und unsere Vertreter in den Bezirken und Gemeinden werden Gelegenheit haben, den Landespräsidenten auf seiner Inspektionsreise auf verschiedene Ungenüchlichkeiten aufmerksam zu machen.

Zahlungsabkommen mit Deutschland

Zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland wurde Dienstag ein Abkommen über den Zahlungsverkehr mit Gültigkeit ab 1. Dezember abgeschlossen. Zugleich kam ein Protokoll über den Warenverkehr zustande, da die in den letzten Monaten stark überlegene Ausfuhr der Tschechoslowakei durch gesteigerte deutsche Einfuhr wettgemacht werden soll.

Der Anteil der Staatsgruben an der Gesamtproduktion. In seinem Exposé stellte Arbeitsminister Genosse Dr. Czech u. a. fest, daß die staatlichen Braunkohlengruben im Jahre 1933 mit 10,7% an der gesamten Braunkohlenförderung partizipierten und die staatlichen Steinkohlengruben in Poruba 4,5% der gesamten Steinkohlenförderung der Republik bilden. Der Erzeugungseffekt der staatlichen Stahl- und Hüttenwerke bildet 8,2% der Gesamtproduktion der Republik. Dafür beträgt aber die Produktion für das Jahr 1933 60% der gesamtstaatlichen Produktion und die Produktion von Blei, Silber, Gold, Uranpräparaten, Radium und Salz ist ausschließlich in den Händen der Staatsverwaltung konzentriert.

Weg von Prag! Dem „Pravo Lidu“ wird aus Kirdorf bei Rumburg berichtet, daß dort Henlein-Anhänger in der Nacht die Straßen mit Auffchriften wie „Weg von Prag!“ beschnitten. Die Gemeinde muß diese Auffchriften dann auf eigene Kosten entfernen lassen. Das Blatt stellt diese Tatsachen mit Recht den ständigen Lokalitätsbeurteilungen Henleins gegenüber.

Die Münzen stimmern vor Li-Hangs Blicken wie Sterne, die von dem weichen, dunklen Saum des nächtlichen Himmels losgebunden wurden. Aber sie haben keine Stimme für ihn, sie sind fern.

Da rafft Tscheng-Si-Tong das braungraue, grobe Baumwollkleid über der Brust zusammen, er winkt einem Kuli, steigt in eine Rißha, er blüht Li-Hang nicht mehr an, es wäre er in sich selbst verfunken, ein Mann, der einfach seinen Weg geht. Die Rißha rollt die Straße hinunter, an der Pagode vorüber, über die Brücke. Ein Bettler erkennt den Mandarin, er berührt den Boden mit seiner staubgrauen, verwitterten Stirn.

„Versteck dich,“ jagt Hü-Swan. „Er wird deine Worte an dir rächen. Nie wird er dir vergeben, daß du, ein Kuli, weniger als ein Nichts, dem Statthalter des Himmels so zu trotzen gewagt hast. Ich weiß eine Höhle in den Bergen von Shan-Si, dort findet dich niemand. Wenn die Sonne sinkt, brechen wir auf.“

„Wenn die Sonne sinkt,“ sagt Li-Hang langsam, „stelle ich meine Rißha hinter dem Rißhaus in den Schuppen, ich gehe meinen Lieblingsweg, an Ufer entlang, unter den Weiden, ich betrachte die Landschaft, die sich im Wasser spiegeln, ich halte einen Herzschlag lang ein. Müst bringt herüber aus dem Teehaus, ich gebe weiter und weiter, bis an den Rand der Hügel, wo meine Hütte steht. Vielleicht liegt noch ein Stück trockenes Brot in einem Winkel, und wenn nicht — der Hunger und ich, wir sind alle Freunde. Ein Krug Wasser vom Brunnen — wenn du auf deinen Grund siehst, blühen dir alle Sterne entgegen — und dann werde ich schlafen, schlafen, als hätte ich heute hundert Gäste kreuz und quer durch die Stadt gefahren und jeder hätte mir einen Saß Gold gegeben. Ich werde besser schlafen als Tscheng-Si-Tong, Freunde — und wenn er morgen wiederkommt, dann fahre ich ihn mit meinen müden Füßen und meinem zerbrochenen Acken wie ein rasender Sturmwind durch die Stadt und über die Berge und dann werde ich mit ihm über die Brücken und jage mit ihm durch alle Provinzen bis ans Meer, und werde die Rißha, mag er schreien und toben, mag er weinern und betteln, mitten in die Kluten und

„Wo ist deine Rißha?“ brüllt der Mandarin. Li-Hang ist wie eine Säule aus Stein. Nur in seinen Augen ist Leben. Der Mandarin stampft mit dem Fuß auf: „Wo ist deine Rißha?“
Hü-Swan springt auf, er will sie holen, aber Li-Hang gibt ihm ein Zeichen, und er sinkt wieder in den Staub der Straße.
„Ein Goldstück, Li-Hang; zehn Goldstücke!“



Theunis

der neue belgische Ministerpräsident

Die Saar-Enquete der „République“

Strasbourg. (A.P.) Die „République“ setzt die Berichterstattung über die Saar-Enquete fort. In der „Neuen Saarpost“ wurde dem Vertreter der „République“, Gader, erklärt, daß 90 Prozent von den rund 450 katholischen Geistlichen des Saargebietes antihittlerisch eingestellt seien. Was die Saarkatholiken erwarteten, sei L. eine Erklärung des Völkerbundes über den provisorischen Charakter der Abtötung, eine Garantie der Erhaltung der religiösen und kulturellen Einrichtungen und Rechte, schließlich eine Erklärung des Vatikans, das jeder Katholik am 13. Jänner absolut frei in seiner Abtötung sei. Eine saarländische katholische Volkspartei siehe in ihrem Geistes bereit zum Eingreifen da. Sie werde den Tag und die Stunde zu finden wissen. Von anderer Seite wurde Gader mitgeteilt, daß auch von den Reichsstimmen Reinsager zu erwarten seien, die die Gelegenheit, dem Regime ihren Abscheu auszudrücken, nicht ungenutzt verstreichen lassen würden.

Die Danziger Terrorwahlen

Danzig. (A.P.) Wie bekannt, haben die Danziger Wahlen mit einem Sieg der Nationalsozialisten, die sogar noch ihre Stimmen gegenüber dem Vorjahre steigern konnten, geendet. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses hatte man die Wahlen in ihrer Bedeutung überdacht und zu Unrecht mit der Saarabstimmung verglichen. Zur Würdigung des Wahlergebnisses muß man berücksichtigen, daß 1. nur in einem kleinen Teil des Freistaates gewählt wurde, 2. daß es sich nur um Landkreise handelte, 3. daß diese schon immer fester nationalsozialistischer Weisung waren, 4. daß in den meisten Gemeinden nur nationalsozialistische Listen aufgestellt waren, 5. daß abgesehen vom Terror die Wahlbehinderung zuletzt ins Unerkennliche gesteigert wurde (Presseverbote, Massenverhaftungen) und die Bedrückung der Bevölkerung unvorstellbar war, wie aus der massenhaft vorgenommenen Jurisdiktion von Unterschriften zu ersehen ist.

Disziplinierung spanischer Generäle

Madrid. Das spanische Amtsblatt enthält ein Dekret, durch das der Divisionsoberbefehlshaber der Provinz La Coruna, der Oberkommandant der vierten Infanteriebrigade und der Oberkommandierende der spanischen Truppen in Marokko ihrer Funktionen enthoben werden. Außerdem wurden Sanktionen und Disziplinaruntersuchungen gegen einige höhere Offiziere wegen der noch unaufgeklärten Aufgabe, die sie bei der Unterdrückung des Aufstandes in Asturias gespielt haben, angeordnet.

Gleich und gleich gesellt sich gern

Annäherung Deutschland-Japan London. (Tsch. P. B.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Tokio, daß dort eine zahlreiche Gruppe Journalisten aus Deutschland eingetroffen sei und daß ihr Erleben verschiedene politische Momente über das Verhältnis zwischen Deutschland und Japan hervorgerufen habe. Das erhöhte Interesse Deutschlands für Japan in der letzten Zeit, das sich u. a. eben durch die Anwesenheit zahlreicher deutscher Journalisten in Tokio zeige, beweise, daß im Verhältnis zwischen den beiden Staaten eine wachsende Entwicklungsphase eingetreten ist. Es scheint wahrscheinlich, daß Deutschland Mandschukuo anerkennen dürfte und daß ein deutsch-japanisches Defensivabkommen abgeschlossen werden wird. Es gibt viele Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die öffentliche Meinung in Japan einer Verständigung mit Deutschland günstig gestimmt sei. In den Berichten, die der japanische Botschafter in Berlin nach Tokio sendet, wird angedeutet, daß in Deutschland eine ähnliche Tendenz für eine größere Annäherung an Japan wahrzunehmen sei. Der beabsichtigte Ankauf von drei Zerstörern aus Deutschland für den Luftverbedienst zwischen Japan und Hünking wird als ein weiteres Glied der wachsenden Freundschaft zwischen den beiden Staaten angesehen. Japan wird abwarten, wie die Londoner Marine-Abstimmungsdiskussionen ausfallen und wie sich die Hoffnung auf das englisch-japanische Abkommen gestaltet, bevor es eine Regelung seines Verhältnisses zu Deutschland in Erwägung ziehen wird.

Tagess Neuigkeiten

Bruder, Schwester, Schwager und Schwägerin ermordet!

R o w n o. Im Kreise Itena verübte, wie erst jetzt bekannt wird, am vergangenen Sonntag ein gewisser Juchō eine furchtbare Missetat. Wegen eines alten Familienwiderstreites geriet er mit seinen Angehörigen in einen Streit, in dessen Verlauf er seinen Bruder, dessen Frau und seine Schwester, die bei ihrem Bruder zu Besuch weilte, ermordete. Noch im Bluterausch rannte er zu seinem Schwager, dem Ehegatten der ermordeten Schwester, und tötete auch diesen. Dann ergriff der Massenmörder die Flucht. Er konnte bisher noch nicht festgenommen werden.

Matuschka zum Tode verurteilt

B u d a p e s t. (M.F.) Das Budapest'sche Straßengericht hat den Eisenbahnattentäter Matuschka wegen vorsätzlicher Tötung, begangen in 22 Fällen, zum Tode verurteilt. Der Präsident ersuchte die Vertreter der Geschädigten zur Anmeldung ihrer Ansprüche. Der Vertreter der ungarischen Staatsbahnen meldete eine Schadenersatzforderung von 550.000 Pengs an. Zwei Geschädigte erklärten, daß sie auf zivilrechtlichen Wege ihren Schaden anmelden würden. Das Urteil im Matuschka-Prozess ist dem allgemeinen Erwarten nach ausgefallen. Die Vollstreckung der Todesstrafe kann jedoch nicht stattfinden, da Matuschka österreichischer Staatsangehöriger ist und da zur Zeit der Vergebung des Attentates die Todesstrafe in der österreichischen Republik nicht bestand. Nach internationalen Rechtsgrundsätzen kommt die Todesstrafe nicht in Anwendung, wenn in dem Heimatland des Verurteilten die Todesstrafe aufgehoben ist.

Ein Flug nach der Polarinsel

Verlängerung der Linie des russischen Polarflugdienstes

Moskau. (Tsch.) Die Zentralverwaltung der Nordmeer-Reisen veranstaltet Mitte Jänner 1935 den ersten Flug von Moskau nach der Polarinsel Diakon. Der bekannte Polarforscher Molosow, der an den Rettungsarbeiten der Scheljuskin-Expedition teilnahm und zum Nationalhelden der Sowjetunion wurde, wird das Flugzeug auf dieser Reise steuern. Während einer Unterredung Molosow's mit Pressevertretern erklärte er, Zweck dieses Fluges sei es, die Linie des Polar-Flugdienstes, die bereits zwischen Krasnojarsk und Gaarta eröffnet wurde, bis zu der Diakon-Insel zu verlängern, wo bereits Arbeiten auf breiterem Grundlagel vorgenommen werden, um den größten arktischen Flughafen und die Zentrale der Radio-Station zu errichten. Bisher ist noch niemand im Winter nach der Diakon-Insel geflogen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es notwendig sein wird, den Flug bei Schneefürmen und hartem Frost durchzuführen. Molosow wird diesen Flug auf einem Flugzeug desselben Typs unternehmen, welches er bei den Flügen zur Rettung der Schiffbrüchigen des Scheljuskin im Schmidt-Lager benützt hat. Es ist dies das Flugzeug B.S., welches mit Motoren sowjetischer Erzeugung versehen ist. Molosow glaubt, daß es ihm gelingen wird, die ganze Entfernung des 8000 Kilometer langen Fluges von Moskau nach der Insel Diakon in 45 Flugstunden zurückzulegen.

Die Vaterländischen, der Erbfeind und der sozialistische General.

In einem Artikel, den die Züricher Internationale Information ausgibt, macht Otto Bauer auf die Verlogenheit des Patriotismus der österreichischen Faschisten aufmerksam, die sich in dem Vorgehen der eiddröhnigen Nachhaher gegen den General Theodor Körner in trasser Weise offenbart. General Körner ist einer der wenigen wirklich erfolgreichen Seeräuber der alten L. U. Armee gewesen. Er war Generalabschef der Honzo-Armee, die in elf gewaltigen Schlachten den an Zahl und Material gewaltig überlegenen Gegner geschlagen hat. Während die österreichischen Armeen in Ruhland und Serbien mit wenig Erfolg, oft geschlagen und zuletzt nur durch die deutschen „Fisabene“ gerettet, sochten, hat die Honzo-Armee Wunder an Tapferkeit und militärischen Leistungen vollbracht. Sicher war das in erster Linie dem Umstand zu danken, daß am Honzo Kroaten, Slowenen, Bosnier, Deutsche, Tschechen und Magyaren vereint gegen einen räuberischen Feind sochten, der slawisches und deutsches Land, der den Völkern der Monarchie den Zugang zum Meere rauben wollte und daher ihrer aller Feind war, gegen den sie gemeinsames Interesse verband. Aber große Verdienste um die elf großen Defensivschlachten am Honzo hat sich auch General Körner erworben, er war der Organisator dieser Siege. Erschüttert durch seine Kriegserlebnisse, wandte sich Körner dem Marxismus zu, las Engels und Zaurer's, wurde ein überzeugter Sozialdemokrat. Darum haßte ihn das Geistes der Fey und Starhemberg, darum haßte ihn der böswärtige Jwerg, der die österreichische Demokratie unter-

wählt hat. Während sie die alte L. U. Vertriehen wieder auflösen lassen, während der „Fisabne“ wieder regiert und den Ton angibt, während sie nicht genug von Tradition reden können, sperrten sie einen der wenigen kaiserlichen Generale, die siegreich waren, in den Kerker. Wider alles Recht, Körner ist unschuldig, er hat keine Verantwortung für den Aufstand getragen. Das wissen sie längst. Sie klagen ihn nicht an. Sie halten ihn aus reinen Rachemotiven gefangen. Und sie dienen dabei ihrem wahren Herrn, dem „Erbfeind“ von gestern: dem italienischen Imperialismus. Mussolini kann es dem General Körner nicht verzeihen, daß die Mauer am Honzo zweieinhalb Jahre ohne Wanken stand und daß Italien seinen „Sieg“ bei Vittorio Veneto erfinden, erlösen, der Weltgeschichte abschwenden mußte. Mussolini, der von nationaler Eitelkeit geblähter Ueber-Italiener, will sich an dem Sieger vom Honzo rächen und die schwarzgelben Halunken, die jetzt wieder Oberwasser haben, sind ihm willig zur Hand. Das ist die tragikomische Seite des sonst so erschütternden Falles des Generals Körner, der, immer krank, unschuldige Last ertragen muß.

Kolportiert das Arbeiter-Jahrbuch 1935

Das billigste Buch: Arbeiter-Jahrbuch 1935 203 Seiten Text, 16 Seiten Kunstdruck — nur K2 10--

Belehrung, Unterhaltung, Ermunterung durch das Arbeiter-Jahrbuch 1935

Die Leiche des ermordeten Brünners identifiziert. Wir haben gestern mitgeteilt, daß in einem Wald bei Nährich-Trüben die Leiche eines jungen Mannes gefunden wurde. Bei der Gendarmerie-Untersuchungsstation in Brünn meldete sich nun ein Mann, der angeblich der Ermordete sein könnte. Die Gendarmerie führte mit dem Mann zu der Leiche und dort gab der Zeuge an, daß es sich tatsächlich um Molkenkopf handelt, mit dem er am 7. d. M. in Brünn zusammengetroffen sei und den er seither nicht gesehen habe. Die Gendarmerie glaubt auch, bereits dem Täter auf der Spur zu sein.

Den Gatten und Vater erschlagen. Der Besitzer Johann Brade aus St. Anton in Steiermark war seit einigen Tagen auf unerklärliche Art verschwunden. Alles Suchen nach ihm war vergebens. Ein sechsjähriger Knabe fand nun am Montag in einer Talniederung zwischen den Feldern eine Leiche, die furchtbare Verletzungen aufwies und als die des vermissten Besitzers Brade erkannt wurde. Die Untersuchung ergab, daß Brade, der mit seiner Frau seit langem in Zweibrach gelebt hatte, von dieser mit Hilfe der 15-jährigen Tochter des Ehepaares während der Nacht erschlagen und dann von beiden aufs Feld hinausgesetzt worden war, um einen Unfall oder einen Raubüberfall vorzutäuschen. Frau und Tochter haben, unter der Last des Beweismateriales zusammengebrochen, den Gatten- und Vatermord eingestanden. Sie wurden dem Gericht eingeliefert.

Tödlicher Unfall. Montag, gegen drei Viertel sechs Uhr abends überfuhr in Hofmühl der Risscher Bopalinist aus Dur den 20-jährigen taubstummen Schuttmachergehilfen Ewald Tene mit seinem Motorrad. Tene erlitt dabei derart schwere Verletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Motorradfahrer erlitt durch den Sturz Gesichtsverletzungen und wurde dem Duxer Krankenhaus übergeben.

Wettflug um die Welt? Der Flieger Haegelen, der Vorsitzende des Verbandes der Zivilpiloten, beabsichtigt sich im „Le Journal“ mit dem Gedanken eines Wettfluges um die Welt, der im Jahre 1936 stattfinden würde.

Endlich eine Deckung für Schachis KNI! Wie die Blätter melden, stiegen Handwerker auf einem Bauerngut in Langenbrunn bei Reusbad in Oberösterreich auf drei große Töpfe, die bis zum Rand mit Gold- und Silberpulver gefüllt waren. Im ganzen waren es 50 Kg. Silber und etwa 1 Kg. Gold. Der Bauer benachrichtigte sofort die Behörden. Es wurde festgestellt, daß es sich um Münzen aus verschiedenen Gebieten MittelEuropas handelte. Die Münzen stammen aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert. Man nimmt an, daß sie eine Kriegsloste darstellten, die etwa um das Jahr 1813 beborgten werden mußten.

14 Todesopfer eines Sturmes. Bei einem schweren Sturm, der an der Küste des Stillen Ozeans wütete, fanden in San Francisco und Los Angeles 14 Personen den Tod. Im Golf von San Francisco kenterten einige Boote, wobei drei Fischer ums Leben kamen.

Joachim Ringelnatz gestorben

Berlin. (Tsch. P. B.) Die Berliner Blätter melden, ist der bekannte deutsche Dichter und Maler J o a c h i m R i n g e l n a t z im Alter von 51 Jahren gestorben. Seine Einäscherung hat am Dienstag in Berlin in aller Stille stattgefunden. Ringelnatz, dessen eigentlicher Name J a n o s W ö t t i c h e r war, hat testamentarisch festgesetzt, daß sein Tod erst nach seiner Einäscherung bekanntgegeben werden dürfe.

Ringelnatz ist als Dichter und Mensch eine der originalsten Gestalten der deutschen Literatur des letzten Jahrzehntes gewesen. Er liebte das Groteske und erinnerte in Form und Themen seiner Gedichte vielfach an G b r i s t i a n M o r g e n - s t e r n, den Schöpfer des „Palmström“. Nur war Ringelnatz weniger abgestuht als Morgenstern, seine groteske Lyrik fand oft frivole, auch aggressive Töne. Die Späure seiner Erlebnisse war das Reich des Seemanns. Die Stimmung der Hamburger Hafenfreuden, den rauhen und nicht immer dezenten Humor des Matrosen wirkte er wie kein zweites festzubalten. Den Alkohol mochte er als poetisches Attribut so wenig wie im Leben missen. Auf dem Vortragspodium erschien er in Matrosentracht, die Numfluche in der Hand (er hätte allerdings, ein urwüchsiger Kraftkerl, der er war, in solcher Haltung nie über Kant oder Goethe gesprochen; diese Geschmackslosigkeit überließ er Schlieferln und Laubbuben; er blieb in seinen Bezirken). Aus seiner ganzen Weltanschauung heraus glossierte er den deutschen Spießbürger, in diesem Punkt den M e n t i n, R e i m a n n und Erich Kästner verwandt. Kästner, der in diesem Reigen der jüngste ist, vertritt oft den Einfluss Ringelnatz'. Er blieb es bei Ringelnatz unklar, ob er es ernst, ob er es satirisch meine. In seinen „T u r n i e d e r n“ verulkt er den Sportfimmel, aber er befragt auch die Freude an der körperlichen Leistung.

Wieder, wie schon beim Tode Max Adalberts und Fallenbergs, der Senta Söneland und Julius Rosenfelds, fragt man sich beim Tode Ringelnatz', ob es zu den Zeichen der Zeit gehört, daß die deutschen Humoristen die Bühne fliehen, auf der blutige Clowns mit totersten Mienen lebensgefährlichen Schabernack treiben.

Schutz der mexikanischen Kirchenschatze. Im Kirchenkonflikt in Mexiko ist in den letzten Tagen eine Veruhigung der Lage eingetreten. Die Bundesregierung ordnete an, daß sämtliche eingezogenen, das heißt konfiszierten Kirchen, dem Finanzministerium unterliegen, um zu verhindern, daß wertvolle Kunstwerke einzigartiger Bedeutung geraubt oder gar vernichtet werden. Die mexikanischen Bundesstruppen sind überall angeordnet, den Schutz besonders wertvoller Kirchen sofort zu übernehmen.

Ein japanischer Schnellkreuzer. Im Jofujica wurde der neue japanische Kreuzer „Suzuka“ von Stapel gelassen. Dem Kaiser wohnten der Kaiser von Japan, die Mitglieder der japanischen Regierung sowie etwa 20.000 Personen bei. Der neue japanische Kreuzer weist einen Rauminhalt von 8500 Register-tonnen auf, und ist 190 Meter lang. Die Maschinen des Kriegsschiffes entwickeln eine Stärke von 90.000 HP, die Schnelligkeit beläuft sich auf 33 Knoten. Ausgestattet ist der Kreuzer mit 15 Kanonen von 155 Millimeter Kaliber und acht Flugzeugabwehrgeschützen von 127 Millimeter Kaliber. Außerdem besitzt dieses neue japanische Kriegsschiff zwölf Torpedogeschütze. Der Dampf ist auch als Flugzeugmuttergeschiff konstruiert und trägt die Nummer 1 in dieser Kategorie von Schiffen, die durch das Washingtoner Marineabkommen bewilligt sind.

Nord an zwei Mädchen. In einem Walde in der Nähe von Clifton-Forge auf Virginia wurden die Leichen von zwei Schwwestern im Alter von 13 und neun Jahren mit eingeschlagenen Schädeln aufgefunden. Zwei Legeter wurden unter dem Verdachte dieses Doppelmordes verhaftet, um sie vor der Lynchjustiz zu bewahren.

Julukaffer-Krieg. Im Gebiete von Beenen brachen zwischen zwei Julukaffer-Stämmen heftige Kämpfe aus. Die in dieses Gebiet entsandte Polizei-Patrouille wurde aus dem Hinterhalt überfallen und mußte von der Schutztruppe Gebrauch machen.

Vom Rundfunk Empfehlenswertes aus den Programmen

Donnerstag Prag, Sender 2.: 10.05: Deutsche Nachrichten. 11.05: Konzert. 12.10: Verdi-Opernfantassen. 12.35: Jazzorchesterkonzert. 13.45: Chanson auf Schallplatten. 17.55: Deutsche Sendung: Jugendstunde: Lufttreffen England-Australien. 18.55: Deutsche Presse. 19.10: Wir lernen russisch. 19.30: Aus dem Nationaltheater: Die Reiterkämpfer von Nürnberg. 22: Konzert des Sompboniejazz. — Sender 3.: 14.35: Vierter zeitgenössischer russischer Romantist. 15.05: Deutsche Sendung: Kistina: Der Gewerbestand und seine Schule. 15.25: Operndirekt auf Schallplatten. 15.40: Deutsche Presse. 18.20: Tamburlasenkonzert. 19.15: Tanzmusik. — Brünn: 13.35: Deutscher Arbeitsmarkt. 15.55: Operndirekt. 17.50: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Rat Schuerer: Vom Jugendstrafgesetz. 18.05: Dr. Spielmann: Praktische Medizin. — Náchod: 17.50: Deutsche Sendung: Kiewitzkonzert. — Preßburg: 18.15: Liederkonzert.

Der 13. Januar

Von Boris Id Brecht

Von der Naas bis an die Memel... Halte die Saar, Genossen... Das Bayern und das Sachsen... In Preußen steht General Voering...

So schaut die Volksgemeinschaft aus Aus der Textilindustrie

Bei der Firma A. Klinger u. Co. in Nirdorf ist es am 5. November zu einem Streit gekommen... Seit dem Jahre 1931 wurde dieser Arbeiter...

Freudenthal ein industrieller Friedhof

Am Fuße des Altvatergebirges liegt die alte schlesische Stadt Freudenthal... Freudenthal ist auf dem Wege, eine sterbende Stadt zu werden...

Um ein faules Kompromiß im Kirchenstreit

Berlin. (Ztg. P.-A.) In gutunterrichteten kirchlichen Kreisen verläutet, daß der Führer der Deutschen Christen Dr. Kinde...

Die Staatsbürgerschaft der Frau

Der Hauptausschuß des Zentralvereins der deutschen Lehrerinnen in Böhmen faßt eine Entscheidung... Die Staatsbürgerschaft der Frau...

Der Diebstahl

Der Diebstahl ereignete sich in unserer Genossenschaft... Er sagte: Das ist es ja, was ich nicht begreife...

Der Diebstahl (Fortsetzung)

Der Diebstahl ereignete sich in unserer Genossenschaft (Fortsetzung)... Er sagte: Das ist es ja, was ich nicht begreife...

Der Diebstahl (Fortsetzung)

Der Diebstahl ereignete sich in unserer Genossenschaft (Fortsetzung)... Er sagte: Das ist es ja, was ich nicht begreife...

Menschen der Awuzzah

Von Erich Gottgetreu, Jerusalem. Früher umgab sie die Stadt mit ihrer lärmenden Geschäftigkeit... Jetzt leben sie in Heli und Barade...

Menschen der Awuzzah (Fortsetzung)

Menschen der Awuzzah (Fortsetzung)... Sein Kollege aus der Werkstatt nennt sich Baruch...

Menschen der Awuzzah (Fortsetzung)

Menschen der Awuzzah (Fortsetzung)... Ein anderer „Studierter“ blieb in der Awuzzah...

Menschen der Awuzzah (Fortsetzung)

Menschen der Awuzzah (Fortsetzung)... Es ist fraglich, ob alle die etwa 20-23jährigen...

PRAGER ZEITUNG

Das städtische Budget genehmigt. Im Altstädter Rathaus fand eine außerordentliche Sitzung des Stadtrates statt, in der das Budget der Gemeinde, das außerordentliche Budget sowie der Reserve- und Fonds in der Gemeindeverwaltung, als auch der ordentliche und der Investitionsvoranschlag der Elektrischen Unternehmungen und der Gasanstalten für das Jahr 1935 durchberaten und genehmigt wurden. Zugleich wurde auch der Antrag für die Zentralvertretung auf Deckung des Budgetdefizits genehmigt.

„Erziehungs- und Propagandamittel der Gegenwart“

Ein kulturpolitischer Kursus des Bezirksbildungsausschusses der DSNB in Prag
Morgen Donnerstag, 22. November, halb 8 Uhr im Parteihaus, Národní tř. 4, zweiter Kursabend:
Das gedruckte Wort
Vortragender: Josef Hofsbaumer (Prag).

Gerichtssaal

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Zwei Jahre Kerker für einen Zittlichkeitverbrecher.
Prag. Das hiesige Schwurgericht tagte am Dienstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der 30-jährige Ladislav Jizel war angeklagt, eine 25-jährige Frau vergewaltigt zu haben, als diese mit ihrem Einkauf, der auf einem ausgerichteten Kinderwagen verladen war, von Marie S. nach H. heimkehrte. Dieser Fall gehört zu jenen, über die nicht näher berichtet werden kann. Der Schwurgerichtshof des O. D. Dr. Rosel verurteilte den Gewalttäter nach dem einschlägigen Schuldspruch der Geschworenen zu zwei Jahren schweren Kerkers.

Wegen falscher Personalnoten

Zwei Monate Kerker.
Prag. „Sie müssen die volle und reine Wahrheit ansagen und nichts als die Wahrheit“... mit diesen Worten belehrt der Richter die auftretenden Zeugen und diese richterliche Belehrung endet mit den Worten: „Wenn Sie aber wissenlich etwas verschweigen oder anders dazwischen, machen Sie sich des Verbrechens der falschen Zeugnisaussage schuldig, das mit schwerem Kerker bestraft wird.“

Vor dem Senat Vazderlyk war eine Frau, deren Namen wir verschweigen wollen, dieses Verbrechens angeklagt. Diese Frau hatte feinerzeit vor dem hiesigen Besatzgericht als Zeugin anzusagen. Es handelte sich damals um eine lächerlich geringfügige Sache, um einen Streit erbitterter Nachbarinnen, kurz gesagt um eine „Falschheit“, in welcher die heute angeklagte Frau als unbeteiligte Zeugin aufzutreten sollte.

Die Angeklagte sagte feinerzeit nach bestem Wissen und Gewissen aus. Nur bei ihren Personalnoten ließ sie sich einige Unrichtigkeiten aufkalden kommen. Erstens machte sie sich um fünf Jahre jünger; zweitens nannte sie ihren Namen abweichend vom Wortlaut ihres Taufzeichens und drittens gab sie sich als Witwe aus, während sie im Sinne der üblichen Terminologie als „Frau“ zu betrachten ist — ungeachtet ihrer zwei unehelichen Kinder. An ihrer sonstigen Aussage ist kein Mangel zu entdecken.

Im Nebenraum des Besatzgerichtszimmers, in welchem jener Fall verhandelt wurde, sahen damals einige Nachbarinnen, die mit der Zeugin auf Kriegsfuß standen. Diese verabredeten nicht die prächtige Gelegenheit und zeigten sie wegen falscher Zeugnisaussage“ an. So kam es zu dieser Verhandlung, bei der die Angeklagte mit tränenerfüllter Stimme darauf hinwies, daß sie sich nur deshalb als Witwe ausgegeben habe, weil sie von ihren Nachbarinnen wegen ihrer unehelichen Müttertschaft immer wieder beschimpft worden war. Was die unrichtige Namensangabe betrifft, so sei diese auf die Unsicherheit der Rechtschreibung in

Abonnements - Bestellschein.

Abonniers ab 1934 das
täglich erscheinende Zentralorgan der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei
„Sozialdemokrat“
Verwaltung Prag XII, Bohova tř. 62,
zum Preise von 16 Kč monatlich, und sende diesen
Betrag nach Erhalt des Erlagscheines ein.
Name:
Grunderadresse:
Rechte Post:
Unterschrift:

ihren Heimat zurückzuführen. Die Angeklagte ist nämlich eine Ruthenin aus Polen und die Übertragungen aus der russischen Schrift in das lateinische Alphabet haben ihre Schwierigkeiten. Was das fälschlich angegebene Alter betrifft, so sei sie selbst nicht sicher, ob sie 55 oder 59 Jahre alt sei.

Der Gerichtshof erkannte die Berechtigung der Verteidigung in den letzten zwei Punkten an und fällt auch hinsichtlich dieser einen Freispruch. Aber auch der wohlmeinendste Richter kann sich nicht über den Vorkauf des Gesebes hinwegsetzen. Und so mußte die Angeklagte im dritten Punkt der Anklage verurteilt werden, nämlich deshalb, weil sie sich fälschlich als Witwe ausgegeben hat. Das Gericht verurteilte sie zur Mindeststrafe von drei Monaten Kerker, aber bedingt auf drei Jahre.

Der Film Annabella



wird im Dezember bei der Premiere ihres jüngsten Filmes „Roskauer Nächte“ in Prag anwesend sein.

Das Geheimnis vom Loch Neh

Das in der Redaktion der Londoner „Daily Mail“ ausgegebene Gerücht von dem Untier im indischen Bergsee ist erdähnlicher Weise in einer Welt, die andere Sorgen haben sollte, zum langatmigsten Gesprächsstoff geworden. Aber unüberhöflich ist es nicht, — und der Film, den man in England daraus gemacht hat, wird es erst recht nicht unüberhöflich machen. Denn es ist ein plumper und lächerlicher Film von einem betrunkenen Professor und einem fähigen Journalisten, der hinabtaucht in den löchlichen See und dort das Ungeheuer — ein Drache scheint es von Gehalt — besichtigt, woraufhin er die Tochter des Professors erzingt. Er mag sie behalten, sie sei sein eigen, laut sich der Beschauper dieses Films, für den sich auf dem Geheimnis vom Loch Neh nun noch ein zweites Geheimnis gestellt hat, — nämlich, wie es möglich war, diesen schwachsinrigen Film hier für aufführungswürdig zu halten.

Kunst und Wissen

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch 7½: Fremdenverkehr. 8: Donnerstag halb 8: Giuditta, 8 2. — Freitag: halb 8: La Bohème, Repräsentation des Verbandes der deutschen Journalisten in Böhmen. — Samstag halb 8: Menschen in Weiß, Erstaufführung, 8 2.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch halb 8 Uhr: Die Karne, Gastspiel Bamberger Hof. — Donnerstag 8: Fremdenverkehr. — Freitag 8: Sensationsprozess, Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag 8½: Hoch klingt das Lied vom braven Mann.

Vorträge

Vortragabend der Boale Zion. Mittwoch, den 21. November, 8 Uhr im Café Hochmann im Blauen Saal um 8 Uhr abends Abg. Genosse Edovot über die Kinderheutefrage in der Tschecoslowakischen Republik. Eintritt frei; anschließend Diskussion.

Wer hat Dollfuß ermordet?

Eine kriminalistisch-politische Betrachtung über den 25. Juli 1934

Die Wahrheit über die Machenschaften der Heimwehr — Ein unerlässliches Hilfsmittel des Agitatoren — Argumente für den Referenten — Die Enthüllung der christlich-sozialen Moral!

Zu beziehen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag XII, Slezská 13

Sport • Spiel • Körperpflege

Turn- und Sportfront in Oesterreich

In Oesterreich ist ein Gesetz für alle Verbände und Vereine, die Leibesübungen betreiben, erlassen worden. Diese Verbände und Vereine müssen in Zukunft der „Turn- und Sportfront“ angehören, die den Zweck hat, die Mitglieder im vaterländischen Sinne zu erziehen. Der oberste Führer wird von der Bundesregierung ernannt, der Führer ernannt wieder seinen Stellvertreter und seinen Sekretär. Die Verbände sollen auch in Zukunft ihre Funktionäre selbst wählen, im Gegensatz zu Deutschland, wo auch die Verbandsleiter vom Reichssportführer ernannt werden. Als erste Tat dieser neuen Einrichtung, der die Arbeiterportler selbstverständlich nicht angehören, ist eine Ständes- erhebung über die Zahl der Sportbetreibenden Oesterreicher. „Oberster Sportführer“ ist der Führer der Deutschnation, Starbrenberg. Durch das Ausschneiden der österreichischen Arbeiterportler befindet sich der österreichische Sport in einer schweren Krise. Die Arbeiterportler bilden das aktivste Element. Nun liegt alles daran, die Sportseite der bürgerlichen Verbände sehr schwach besetzt zu lassen. Aus diesen Gründen versucht man mit allen Mitteln, die Arbeiterportler für die „vaterländische Front“ zu gewinnen. Die österreichischen Arbeiterportler stehen aber auch diesem Gesetz gegenüber dem Gewehr bei Fuß, bis die christliche Zentrumregierung verstanden ist.

Fußball bei der Nazi-Olympiade!

Der Unfall der Fifa
Die Exekutive der Fifa hielt dieser Tage in Paris eine Sitzung ab, die als wichtigste (!) Punkt der Beratungen die Forderung Nazi-Deutschlands zur Abhaltung eines Fußballturniers bei der Olympiade 1936 anwies. Da nun das Internationale olympische Komitee schon dieser Forderung im Prinzip zugestimmt hatte, gab die Fifa zu diesem Turnier ihre Einwilligung mit der Einschränkung, daß nur Amateure antreten dürfen und sie selbst die technische Leitung übernimmt. Des weiteren wurde auch über das finanzielle Ergebnis der Weltmeisterschaft berichtet. Die Einnahmen betragen 3.683.000 Lire, die Ausgaben 2.243.000 Lire, so daß der Reinertrag 1.440.000 Lire beträgt. Das vorgesehene Projekt eines internationalen Amateurtourneaus fand jedoch nicht die Würdigung, die der Autor erwartete und wird wohl kaum mehr auszuführen.

Mehr als merkwürdig ist aber das Verhalten der Fifa selbst, die feinerzeit den Beschluß fachte, daß Fußball vom Programm der Olympiaden abgesetzt werde. Nun hat sich ihren damals vielleicht aus ehrlichem Vertrauen gefakten Beschluß wieder vertoren. Daß nur Amateure das Turnier bestreiten werden, glaubt die Fifa wohl selbst nicht. Es gibt nämlich fast gar keine Amateure und Nazi-Deutschland hat die allerwenigsten. Mit diesem Beschluß hat sich die Fifa unglücklich lächerlich gemacht und auch dokumentiert, daß der Fußballsport eine reine Geschäftsangelegenheit und daher der olympisch. Eid eine Harem geworden ist.

Nach der Londoner „Schlacht“

Die italienischen Fußballer haben nach dem Länderkampf gegen England von der ausländischen bürgerlichen Sportpresse, die noch etwas auf sich und den Sport hält, eine Kritik bekommen, die einfach vernichtend wirkt und das knappe Ergebnis in einem ganz anderen Lichte erscheinen läßt. „Telegraf“ (Amsterdam) schreibt u. a., daß dieses Match keine Propaganda und eines Weltmeisters unwürdig war. „Das war kein Fußball mehr, sondern eine Partie von Tritzen und zu Boden hauen. Was sich die Italiener erlaubten, überschritt alle Grenzen!“ Der Schiedsrichter Dison erklärte, daß das Spiel der Italiener nichts mehr mit Fußball zu tun hatte und daß er den Schiedsrichter gegen Italien deshalb gab, weil Monti einem Engländer „beide Beine unter dem Leib wegzulieft!“

Paris schützt sich gegen Flieger

Der Turm von Sabel erhebt?
Die breite Öffentlichkeit in Frankreich befährt sich in leidenschaftlicher Anteilnahme mit dem Schicksal von Fliegerangriffen, und es gibt kaum eine Zeitung oder Zeitschrift, die nicht einen Beitrag zu diesem Thema liefert. Die Pläne des Marschalls Petain sehen ein weitverbreitetes Netz von bombensicheren Unterständen im Gebiete von Paris vor. Vor kurzem wurde in Paris eine Ausstellung gezeigt, die sich mit Abwehrmaßnahmen beschäftigte. Das Reueste auf diesem Gebiete ist jedoch ein Projekt des belantenen französischen Ingenieurs Henri Loffler und des Architekten Maurice Dujarric, das den Bau eines für die Abwehr von Fliegerangriffen bestimmten Turms aus Eisenbeton in der Höhe von zweitausend Metern vorieht. Beide Urheber dieses Planes sind der Ansicht, daß die Flugabwehrartillerie nicht auf dem Erdboden, sondern möglichst in gleicher Höhe mit dem Grob der angreifenden Flieger zu placieren sei. Auch sollen die eigenen Flieger nicht vom Erdboden, sondern aus bedeutender Höhe abfliegen. Der Turm soll auf dem Erdboden im Durchmesser 210 Meter, auf dem Gipfel 40 Meter breit sein. Die Dicke der Eisenbetonwände nimmt von oben nach unten zu, auf dem Erdboden beträgt sie 12 Meter. Der Turm soll drei Plattformen in einer Höhe von 600, 1300 und

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker.

Einladung zur zweiten Generalversammlung
am Montag, den 26. November, um acht Uhr abends im Hotel „Novobol“ (beim Majarof-Bahnhof) „Wintergarten“.
Bestimmtes und pünktliches Erscheinen Pflicht!
Der Ausschuss.

Der passive Reizung der Fifa erklärt und weiter folgendes schreibt:

„Wenn zu den skandalösen Vorfällen der Weltmeisterschaft bis heute kein einziger maßgebender Funktionär der Fifa öffentlich Stellung genommen hat, dann darf es nicht Wunder nehmen, daß die Italiener weiter das als Fußball bezeichnen, was andere unter einer solchen Bezeichnung entriestet ablehnen. Es lassen sich nicht alle Vorfälle durch diplomatische Kunststücke und Geschwichtungen beilegen. . . . Und vor von den Fifa-Funktionären sich der Gefahr, die durch diese rohen Rücksichtslosigkeiten drohen, noch immer nicht betruht ist, den werden die kommenden „Spiele“ der Azuri (die Italiener; d. N.) sicher eines besseren belehren.“

Diesen Reststellungen braucht man nicht mehr hinzufügen; sie kennzeichnen die Fifa, ihre Weltmeisterschaften usw. und den ganzen bürgerlichen Fußballbetrieb besser, als wir es vielleicht vermöchten.

Internationales Arbeiter-Turnfest 1935 in Brüssel.

Anlässlich der Allgemeinen internationalen Ausstellung in Brüssel im Jahre 1935 findet in Brüssel ein großes Arbeiter-Turnfest statt. Dieses Turnfest sind auch Fußball- und leichtathletische Veranstaltungen angeschlossen.
Deutsche Turner = Hiltlerjugend. In diesen Tagen wird sich die Eingliederung der Turnerjugend in die Hiltlerjugend vollziehen. Dadurch werden die Grundlagen der turnerischen Jugendabteilungen wesentlich geändert, die Auswirkungen auf den Bestand der Turnervereine sind derzeit noch nicht zu übersehen. Zur Eingliederung selbst wurden folgende Beschlüsse erlassen: Die Eingliederung ist durch die Turnervereine zu fördern. Damit wird die Kriegserziehung der deutschen Turnerjugend vollendet.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

Adria: „Mutter Krahmerka“ (Tsch.) — Aisa: „Oej Kuj!“ Voklovec und Berich (Tsch.) — Avion: „Der Sohn des Schwerts“ Rudolf Valentina (A.) — Bernef: „Rosetade“ (Tsch.) — Benix: „Mutter Krahmerka“ (Tsch.) — Flora: „Amol der Ruch der Tropen“ (Tsch.) — Kinema, S. Tsch.: „Journal, Groteske, Reportage, halb 2 bis vierel 8. Aurora: „Das Geheimnis vom Loch Neh“ (E.) — Kotva: „Meine Frauen“ — Luverna: „Meine Frauen“, Katharine Sedburn (A.) — Olympia: „Das Geheimnis vom Loch Neh“ (E.) — Passag: „Bugal“ — Praha: „Das Ende der Krife“ (Fr.) — Radio: „Am Heiligen Berg“ — Slant: „Zudek“ (Fr.) — Seltor: „Das Ende der Krife“ — Alina: „Der Mann zweier Welten“, Dr. Deberer (A.) — Bafal: „Am Heiligen Berg“ — Defeba: „Die Verführung der Frau Antonio“ (Tsch.) — Javorit: „Kastetade“ (D.) — Ilusion: „Amol der Ruch der Tropen“ (Tsch.) — Udo: „Die Schloßherrin vom Libanon“ (Fr.) — Loure: „Am Heiligen Berg“ — Kopy: „Am Heiligen Berg“ (Tsch.) — Sport Smidov: „Rosquita“ (D.) — Valdet: „Am Heiligen Berg“ (Tsch.)

Verlangt überall Volkszunder

1800 Metern über dem Erdboden tragen, die man sich wie die Spitze eines Blizes vorstellen muß, nur mit dem Unterschied, daß der Stiel über die erste und zweite Plattform hinausschraubt und erst mit der dritten seinen Abschluß findet. Diese Plattformen sollen ungeheuer Garagen für Flugzeuge darstellen. Dadurch, daß ihr Dach nicht horizontal, sondern ungefähr 30 Grad geneigt sein wird, hofft man die Wirksamkeit von Fliegerbomben beeinträchtigen zu können. Außerdem werden sich die feindlichen Flugzeuge dem Turm nur mit äußerster Gefahr nähern können, da er mit Flugabwehrkanonen besetzt werden soll, die oft horizontal und daher mit erheblich größerer Treffsicherheit werden schießen können. Im Innern des Turmes, der auch eine eigene Straßentrasse besitzen würde, werden Aufzüge angebracht, die eigene Flugzeuge nach deren Landung auf dem Erdboden wieder in ihre Garagen in den „Plattformen“ zurückzuführen. Weiterhin soll der Turm Spindel, Vorrausammern, Spezialele und Reparaturwerkstätten enthalten, so daß er im Ernstfall nicht auf die Außenwelt angewiesen sein wird. In den Grundmauern, die einen Durchmesser von 400 Metern haben, sollen tiefere bombensichere Unterstände untergebracht werden. Als Standort ist die Ebene von Jfy-les-Moulineux vorgesehen, wo Vleciot und Jarman die ersten Flugzeuge aufstellten. Man muß abwarten, ob der phantastisch klingende Plan, der Unsummen kosten würde, verwirklicht wird.

Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16. — vierteljährig Kč 48. — halbjährig Kč 96. — ganzjährig Kč 192. — Anferate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken. — Die Zeitungsfrankatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. Druckerel: „Orbis“ Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.-G., Prag.